

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeile.  
Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358/15 Postfachamt Hannover.

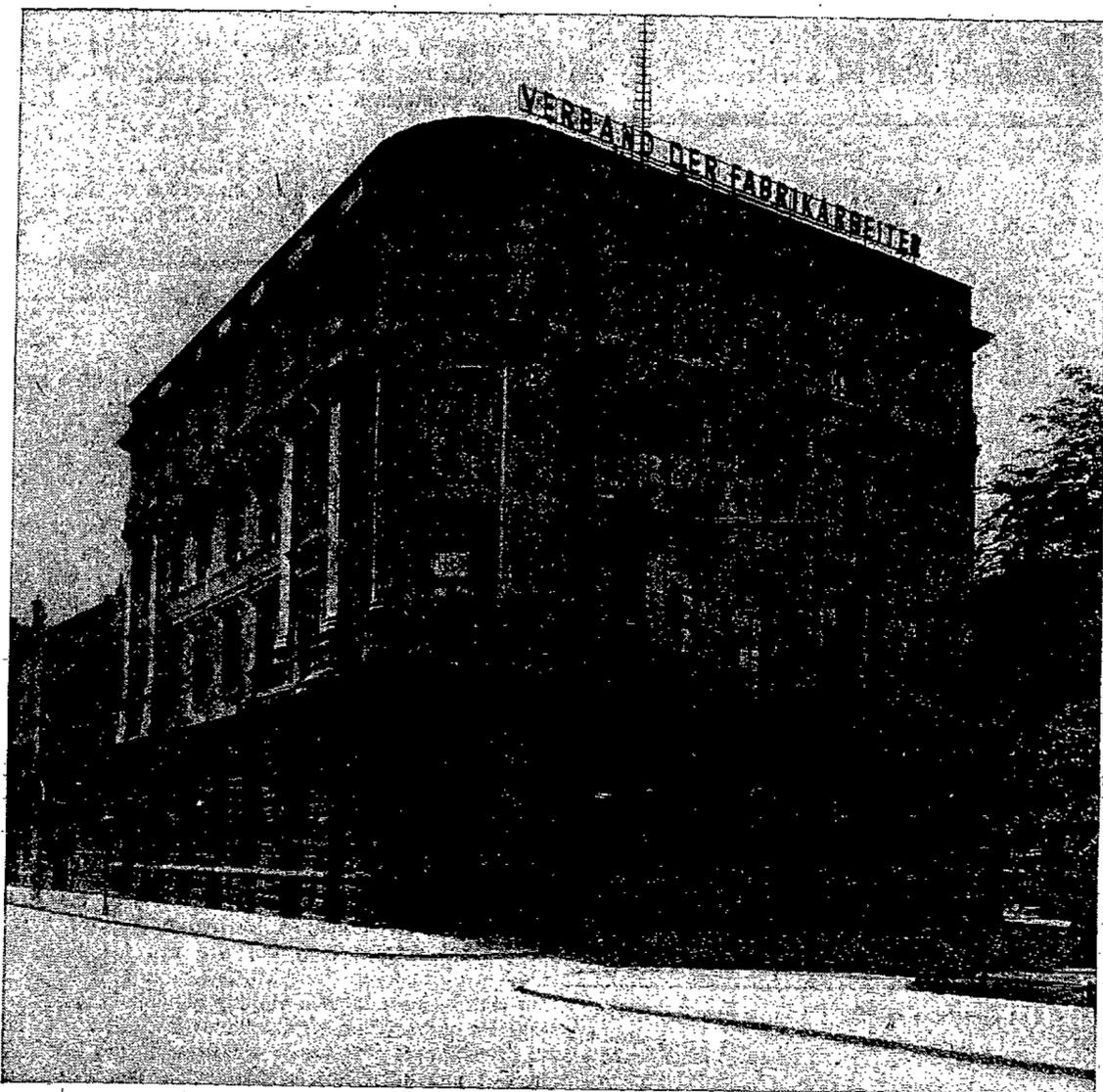
Verlag von A. Brey.  
Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr.  
Verantwortlicher Redakteur: Hans Lamerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3.  
Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

### Zum 40jährigen Verbandsjubiläum.

Herr im eigenen Hause.



Das Wort stammt aus Unternehmermund und würde reichlich viel angewendet auch unseren Mitgliedern gegenüber. Die Zahl der Unternehmer, für die unsere Überschrift nicht mehr gilt, wird immer größer. Beim Fabrikarbeiter ging die Entwicklung umgekehrt. Während die Unternehmer infolge des Konzentrationsprozesses ihre Rolle als Herr im Hause verloren, ist der Fabrikarbeiterverband Herr im Hause, das heißt im eigenen Hause geworden. Er hat sich in Hannover ein eigenes Heim gekauft.

Die Räume des seitherigen Hauptbüros im Gewerkschaftshaus, Nikolaistr. 7, waren längst unzureichend geworden. Deshalb beauftragte der Verbandsbeirat auf seiner Tagung im Dezember 1929 den Hauptvorstand, durch Kauf eines Hauses geeignete Büroräume zu beschaffen. Diesem Beschluß entsprechend kaufte der Vorstand das Bankgebäude der Diskonto-Gesellschaft, das infolge der Verschmelzung der Diskonto-Gesellschaft mit der Deutschen Bank frei wurde. Bereits am 17. Februar 1930 wurde der Kaufvertrag notariell gemacht, mit der Bestimmung, daß alle Rechte, Forderungen und Lasten am 1. März auf den Käufer, also auf unseren Verband, übergingen. Der Umzug in das eigene Verbandshaus vollzog sich in der Woche vom 17. bis 22. Juni. So konnte der Hauptvorstand die Einweihung seines eigenen Heimes verbinden mit der

#### Jubiläumfeier

unseres Verbandes, der bekanntlich vor 40 Jahren gegründet worden ist.

Die 40-Jahr-Feier wurde eingeleitet mit einem Konzert in der Stadthalle am Sonnabend, dem 28. Juni. Anwesend waren die Gauleiter des Verbandes, viele Zahlstellenvertreter aus dem Reich, Senator Schrader für die Stadt Hannover, Landrat Fegler und Oberpräsident Roske. Von der Fabrikarbeiterinternationale waren zugegen die Kollegen de Jonge und Jurgens (Amsterdam), Jassin (Brüssel), Käfer und Pöschinger (Wien), ferner die Kollegen Graßmann (AÖB), Stähr (Afabund) und zahlreiche Vertreter der Zentralvorstände der freien Gewerkschaften, Vertreter der Gewerkschaften Hannovers und des Bezirks Hannover, die Mitglieder unseres Verbandsausschusses, die Vertreter des Verbandsbeirates und sämtliche Angestellten aus dem Hauptbüro.

Das Orchester des Deutschen Musikerverbandes leitete die Feier ein. Dann hielt Kollege Brey die Festrede, die auch durch den Rundfunk übertragen wurde. Er gab ein Bild der Entwicklung seit der Verbandsgründung.

Damals 2500 Kollegen in zwei Duzend Orten Deutschlands, heute in 514 Zahlstellen

469 532 Mitglieder, davon 102 564 weibliche. Dieser Mitgliederstand wird betreut und vertreten von 41 Gauleitern, 10 Branchenleitern, 350 Zahlstellenangestellten, dem Vorstand des Keramischen Bundes und dem Hauptvorstand. Dann kommt der große Stab von Vertrauenspersonen, die freiwillig und fast unentgeltlich im Dienste der Verbandsfrage stehen. Ihnen allen unseren Dank mit dem Wunsche an sie, auch ferner in Eifer und Treue den Grundfragen unseres Verbandes zu dienen. Allen Kollegen, die aus dem Weltkrieg nicht wiedergekommen, und allen Mitgliedern, die den heutigen Tag nicht erlebten, ein stilles Gedenken.

Vor mehr als vier Jahrzehnten, vor dem Fall des Sozialistengesetzes, versuchten Glasarbeiter, Porzellanarbeiter, Fabrikarbeiter, sich in lokalen Organisationen Vertretungen ihrer wirtschaftlichen Interessen zu verschaffen. Diese lokalen Vereinigungen konnten in einer Zeit, in der die Unternehmer bereits in mächtigen Verbänden unter einheitlicher Leitung standen, den Arbeitern nicht viel nützen.

Für die Fabrikarbeiter trat am 29. Juni 1890 ein Kongreß der Fabrik- und nichtgewerblichen Arbeiter in Hannover zusammen. Der hoffentlich noch lange unter uns weilende Genosse Lohrborg war Vorbereiter dieses Kongresses. Es wurde der Verband der Fabrik- und nichtgewerblichen Hilfsarbeiter und Landarbeiter gegründet. Unternehmer, Polizei und Gerichte bildeten einen Block des Angriffes und des Widerstandes gegen unseren Verband. Nach dem Grundgesetz: „Wehret den Anfängen“ glaubten die Unternehmer den Arbeitern den Gedanken der Organisation aus Gehirn und Herzen reißen zu können. Mahregelung, schwarze Listen waren die Mittel, mit denen die Unternehmer die Arbeiter bekämpften. Viele, die sich organisierten, wurden entlassen, von der Arbeit ausgeschlossen. Die Unternehmer wollten die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach den Bedürfnissen ihrer Betriebe und Gewinnberechnungen regeln. Sie wollten den persönlichen Arbeitsvertrag, bei dem der einzelne Unternehmer oder seine Vertreter den Arbeitern den Lohn diktierten.

Die landwirtschaftlichen Unternehmer der Provinz Sachlen forderten von der Polizei Auskunft, wer bei uns Mitglied sei. Die Polizei gab unseren Vertrauensleuten auf, die Mitgliederlisten einzureichen. Die Unternehmer erhielten Abschriften der Listen. Die Mitglieder des Verbandes wurden dann entlassen. In Hannover, in Linden, in Harburg, in Hildesheim, in vielen anderen Orten wurden unsere Zahlstellen polizeilich geschlossen.

Bei den gerichtlichen Verfahren wurde der politische Charakter unseres Verbandes verneint. Trotzdem hat noch im Januar 1914 das Polizeipräsidium in Hannover unseren Verband als politischen

Verein erklärt, um dadurch die Bekanntheit der Mitglieder zu erreichen. Trotzdem sind wir groß und stark geworden.

Die Unternehmer wollten allein die Lohn- und Arbeitsbedingungen bestimmen. Die Arbeitnehmer dagegen und mit ihnen unsere Kollegen wollten einen Arbeitsvertrag, der ihnen Mitbestimmungsrecht über Lohn, Arbeitszeit, Unfallverhütung usw. sicherte.

Haben die Unternehmer ihre Absicht, ohne Dazwischentreten des Verbandes die Lohn- und Arbeitsbedingungen festzusetzen, verwirklichen können? Im Jahre 1929 waren wir Träger von 703 Mantelverträgen und 1709 Lohnverträgen, in denen die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt sind.

In den letzten fünf Jahren hat unser Verband 5 238 000 M. Streik- und Gemahregelunterstützung gezahlt.

Millionen Mark werden in jedem Jahre an kranke und arbeitslose Mitglieder gezahlt. Der Verband kämpft für Wahrung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte, er vermittelt Bildung und Belehrung. Der Verband leistet Kulturarbeit für Mitgliedschaft und Arbeiterkraft. Wir blicken heute mit Stolz auf unser 40jähriges Wirken zurück und geloben, alles zu tun, damit unser Verband auch in Zukunft blühe, wachse und gedeihe.

Ein reichhaltiges künstlerisches Programm füllte den Abend aus. Besichtigung des Verbandshauses und Treffen im Volkshaus.

Am Sonntag, dem 29. Juni, vormittags, besichtigten die eingeladenen Gäste das Verbandshaus, Rathenauplatz 3, worauf sich die Festteilnehmer im „Volkshaus“ trafen.

Der Kollege Brey begrüßte die Gäste, unter denen sich viele aus der Gründungszeit einfanden, insbesondere Wolmann, den früheren Vorsitzenden des Keramischen Bundes, Wilhelmine Käfer-Reimes (Kellinghusen), Heinrich Martens (Harburg). Der Einberufer des 1. Kongresses, Kollege August Lohrborg, der wegen anderer wichtiger Geschäfte nicht anwesend sein konnte, hat dem Verbands herzliche Glückwünsche gefandt. Kollege Thiemig, der zweite Vorsitzende des Verbandes, gedachte all der Mitarbeiter beim Aufbau des Verbandes, insbesondere hob er das verdienstvolle Wirken des Kollegen August Brey hervor.

August Brey ist seit vierzig Jahren 1. Vorsitzender des Verbandes.

Lange Zeit war er einziger Redakteur und Expedient. Eine solche Feier ist sehr selten. Sie wurde bisher noch nicht in der Gewerkschaftsbewegung begangen. Was der Verband heute ist, das dankt er August Brey. Wir hoffen, daß er noch lange in voller Gesundheit seinen Platz ausfüllen möge. Vierzig Jahre Lenkung eines Verbandes ist ein Menschenleben harter Arbeit. Dank und Anerkennung gebührt auch der Frau des Kollegen Brey, ohne deren reiflose Unterstützung er sich niemals dem Verbands so sehr hätte widmen können. Der Hauptvorstand überreicht dem Genossen Brey als Zeichen des Dankes eine goldene Taschenuhr und seiner Frau eine prachtvolle künstlerische Arbeit der Porzellanarbeiter. Kollege Thiemig schloß mit einem Hoch auf Brey und seine Gattin, in das alle lebhaft einstimmten.

Kollege Graßmann beglückwünscht im Namen aller Gewerkschaftler den Verband zu dem, was er geleistet hat. Das schwierigste Arbeitsgebiet aller Gewerkschaften hat naturgemäß der Fabrikarbeiterverband. Der Aufstieg wäre nicht möglich gewesen, ohne das besondere Glück, das der Verband in der Wahl seiner Leitung hatte. Mit dem Namen Brey ist auch ein gut Teil der Erfolge verbunden. Kollege Simon wünscht im Namen der übrigen Zentralvorstände dem Vorsitzenden Brey einen gesunden und frohen Lebensabend und daß er seiner Organisation noch lange vorstehen möge.

Der Sekretär der Fabrikarbeiter-Internationale, de Jonge (Amsterdam), wies darauf hin, aus wech kleinen Anfängen sich der Verband zu seiner heutigen Stärke entwickelt habe. Die Internationale dankt dem Verband eine neue Fahne, unter der noch viele Siege erfochten werden sollen. Die Internationale gedenkt heute dankbar der Mitarbeit August Breys. Kollege Käfer (Wien) wies auf das innige Verhältnis der österreichischen Fabrikarbeiter zu dem deutschen Verband hin. Der österreichische Verband würdigt die Verdienste Breys, indem er ihn mit dem Ring auszeichnet, den in Österreich die Jubilare erhalten. In der Fahne der Internationale stiftet der österreichische Verband ein Fahnenband. Genosse Brey nimmt die Fahne dankbar entgegen. Sie soll uns das Symbol internationaler Verbrüderung der Arbeiterklasse sein. Geheimrat Bachem (Arbeiterbank) gedenkt des guten Zusammenarbeitens zwischen Gewerkschaften und Arbeiterbank und hofft, daß die Zusammenarbeit immer fruchtbarer werde zum Wohle der Arbeiterbewegung. Kollege Martens (Harburg), einer der Gründer des Verbandes, gedenkt der ersten Jahre des Bestehens. Keiner der Gründer hat damals wohl daran gedacht, daß der junge Verband eine solche Entwicklung nehmen würde. Wir haben heute manche Ziele verwirklicht, und wir werden auch die letzten Hindernisse beseitigen, die uns den Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse versperren.

Kollege Gränzel (Berlin): Die Mitglieder des Keramischen Bundes sind froh, daß sie heute dem Fabrikarbeiterverband angehören. Der Zusammenschluß hat sich auf beide Teile gut ausgewirkt, und das freundschaftliche Verhältnis soll sich weiterhin festigen. Kollege Wörner (Stuttgart) dankt namens der Gauleiter des Verbandes dem Führer. Genossin Käfer gedenkt der Anfangsjahre des Verbandes und wünscht ihm einen weiteren Aufstieg, vor allem den Kreisen der Arbeiterinnen. Kollege Brey dankt für alle die Ehrungen und gedenkt der Tätigkeit von Luise Jütz, der der Verband viel verdankt, und beteuert, daß das vielmündige Lob ihn zu weiterer eifriger Tätigkeit anspornen werde.

Um 4 Uhr trennten sich die Gäste in dem Bewußtsein, daß die Feier der Freude gedenkt und zugleich Ansporn war für rastlose Weiterarbeit für die Interessen der Arbeiterklasse.

#### Adressenänderung des Hauptvorstandes!

Alle für den Hauptvorstand bestimmten Sendungen müssen jetzt die Aufschrift tragen:

An Herrn August Brey

Hannover M  
Rathenauplatz 3

### Die 12. Tagung des Verbandsbeirats.

Aus Anlaß der Feier zum 40jährigen Bestehen unseres Verbandes tagte am 30. Juni 1930 im Volkshaus in Hannover der Verbandsbeirat. Außer den präsidialen waren diesmal auch die übrigen Gauleiter und die nicht zum Beirat gehörenden Branchenleiter hinzugezogen. Insgesamt waren 120 Teilnehmer anwesend. Folgende Tagesordnung war zu erledigen:

1. Geschäftsbericht. Berichterstatter: A. Brey.
2. Kassenbericht. Berichterstatter: R. Köhler.
3. Invalidenunterstützung. Berichterstatter: O. Adler.
4. Unterstützungskasse. Berichterstatter: A. Karl.
5. Lohn- und Tarifbewegung. Berichterstatter: E. Großmann.
6. Geschäftliches.

Kollege Brey gibt einleitend einen kurzen Bericht über wesentliche Ereignisse im Tätigkeitsbereich des Vorstandes seit der letzten Beiratsitzung. Im Schulheim in Wennigsen wird gegenwärtig auf das Landhaus neben dem Schulgebäude ein Stadtwort aufgeführt, um für einen Angestellten zureichende Wohnräume zu schaffen.

Der Verband ist beteiligt an der Hygiene-Ausstellung in Dresden. Im Ausschuß der wissenschaftlich-gewerbehygienischen Abteilung ist Kollege Haupt Mitglied.

Der in der Rechtsabteilung beschäftigte Kollege Haslinger ist entlassen und an seiner Stelle Kollege Popp eingestellt.

Daß wir das Bürohause Rathenauplatz 3 erworben haben, brauche ich nur zu erwähnen.

Zahlreiche Branchenkongresse sind seit der letzten Beiratsitzung abgehalten worden.

Brey kommt dann auf die Folgen der Rationalisierung zu sprechen, womit die Frage der Arbeitslosenversicherung zusammenhängt. Der dem Reichstag vorliegende Entwurf über das Arbeitslosenversicherungsgesetz bringt einen unerhörten Leistungsabbau.

Sehr wichtig ist die Einengung des Personenkreises. Die Befreiung der Jugendlichen von der Versicherung trifft die jugendlichen Angehörigen, denn die Lehrlinge sind schon jetzt befreit. Die Unterstützung soll nicht mehr nach dem tatsächlichen Arbeitsverdienst, sondern nach dem Grundlohn berechnet werden.

In Zukunft soll jeder Arbeitslose 14 Tage Wartezeit haben, seither galt das nur für die Jugendlichen. Ferner soll das Einkommen eines Ehegatten auf die Unterstützung des anderen angerechnet werden.

Die Sozialdemokratische Partei wird versuchen, dem Ungeheuer von Regierungsvorlage die Gistzähne auszuziehen.

Der Arbeitsmarkt hat sich verschlechtert. Es wurden zuletzt gezählt 1 857 788 Arbeitslose, mit den Krünnunterstützten, Ausgesteuerten und den Kostfandsarbeitern dürften es 3 Millionen sein.

Im kommenden Winter ist mit 5 Millionen Arbeitslosen zu rechnen. Unter Einrechnung der Familienangehörigen kommen wir jetzt schon auf eine Zahl von über 10 Millionen Menschen, die von der Arbeitslosenunterstützung oder von der Wohlfahrtshilfe leben müssen.

Der Konsum wird dadurch eingeschränkt, die Zahl der Steuerzahler wird geringer.

Einer Änderung der Invalidenunterstützung zugunsten der Betrüger gehen Regierung und Reichsparlament aus dem Wege, die Krankenunterstützung soll gekürzt werden.

Die Mittel für die Invalidenunterstützung aus den Kollektoren sollen für 10 Jahre um 20 Millionen Mark gekürzt werden.

Die Fürsorge für die Waisenmänner soll eingeschränkt, die Ausgaben sollen zum Teil auf die Kranken abgewälzt werden.

Die bürgerlichen Parteien bekämpfen jede Selbsthilfeorganisation der Arbeitenden, wie die Verbesserung der Konsumvereine beweist.

Seit Jahren stehen wir im Kampfe um die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenunterstützung. Das Gesetz soll jetzt zum achten Male geändert werden.

Beim Militärtribunal hört man nichts vom Sparen. Es ist falsch, die Sozialgesetzgebung als Belastung der Wirtschaft darzustellen.

Und man sollen auch noch die Löhne abgebaut werden. Das ist allerdings eine positive Leistung der Regierung Brüning, deren starken Löhne längst verfallen sind.

Wir denken insbesondere an den Olympischen Schiedsrichter, Brüning, der ehemalige Sekretär, und Siegerwald, der ehemalige Vorsitzende des christlichen Gewerkschaftsbundes, sind eifrig bemüht, die Wünsche der Unternehmer bzw. der bürgerlichen Parteien zu erfüllen.

Die freien Gewerkschaften haben bessere Arbeitsverhältnisse erkämpft, der christliche Arbeitersekretär Siegerwald baut diese Errungenschaften ab.

Um diese Rechte gegen die Arbeiterschaft zu decken, kolportiert die Junker- und grünlige Gewerkschaftspresse den Schwindel, als hätte Will als Minister schlechter gearbeitet als Brann.

Nach längerer Diskussion, in der das Einverständnis mit dem Referenten Brey zum Ausdruck kam, stimmte der Beirat folgender Entschließung zu:

Die Folgen des Krieges haben eine Weltwirtschaftskrise gezeitigt, die auch Deutschland in ihren Bann gezogen hat.

Arbeitslosigkeit in großem Ausmaße und von sehr langer Dauer lastet auf der deutschen Arbeiterschaft. Die Zahl der Unterstützten betrug am 12. Juni insgesamt 1 857 788. Dazu kommt die Zahl der Ausgesteuerten, der Kostfandsarbeiter, der Kurzarbeiter und der Arbeitslosen, die Unterstützung nicht erhalten.

Die Zahl der Arbeitslosen einschließlich der nicht voll Beschäftigten wird zur Zeit 3 Millionen übersteigen.

Das ist eine Quelle der wirtschaftlichen, sozialen Not und der seelischen und moralischen Verelendung des werktätigen Volkes.

Der Wirtschaftsaufbau auf Grund einer kanarisierenden Arbeiterklasse auf dem Innenmarkt ist dadurch zur Unmöglichkeit geworden.

Arbeitsbeschaffung, Sicherung der Arbeitslosenunterstützung ist das Gebot der Stunde.

Die in Wirtschaft und Politik herrschende Krise sind der für die Arbeiter und Wirtschaft gleich gefährlichen Auffassung, daß durch Lohnabbau, Verkümmern der Arbeitslosenversicherung und der Krankenfürsorge die Reichsfinanzen gesunden und die Wirtschaft in einen besseren Gang gebracht werden kann.

Die Lohn- und Gehaltsempfänger sollen durch das Schlagwort „Preissenkung“ für den Lohn- und Gehaltsabbau gefügig gemacht werden.

Kaiser der Herrschaft der Kräfte, Syndikate und Kartelle werden die Verbraucher auf eine Preissenkung vergeblich warten.

Die 12. Tagung des Beirats des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands prüft gegen die von dem organisierten Unternehmern befürwortete Politik des Lohnabbau. Sie spricht ihre Entschiedenheit darüber aus, daß der den Lohnabbau einleitende Schiedspruch von Brann aus dem Arbeitsminister Siegerwald, einem früheren christlichen Gewerkschaftler, verbindlich erklärt werden ist.

Das ist kein Weg, der zur besseren Wirtschaft führt.

Die angestrebte Wirtschaftsentwicklung macht die beschleunigte Verschärfung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes unter Sicherung des Wohlfahrtsfonds und strikter Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung erforderlich.

Darüber hinaus ist angesichts der fortgeschrittenen Rationalisierung eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit durch internationale Vereinbarungen anzustreben.

Nicht Kapitalrückhalt, sondern Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft der Massen ist dringend geboten.

Dazu Senken der Preise, Schaffung von Arbeitsgelegenheit, weitere Sicherung aller sozialen Leistungen, vor allem der Arbeitslosenversicherung, und Ausdehnung der Krankenfürsorge auf alle Berufe bei angemessenen Kostenbeiträgen sind Zweck und Ziel der Sozialpolitik.

Der Beirat erklärt in einer starken, einheitlichen, geschlossenen Organisation den Schiedspruch gegen Lohnabbau und fordert alle

Kolleginnen und Kollegen auf, zur Organisation zu stehen und ihren Ausbau zu vollziehen.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung erstattet Kollege Köhler den Kassenbericht.

Trotz der Wirtschaftskrise haben sich Vermögen und Bestände der Hauptkasse zum Jahreschluss um 3 498 031,50 Mk. von 8 098 908,63 Mk. auf 14 496 030,13 Mk. erhöht.

Im Jahre 1928 betrug die Einnahmen 10 133 788 Mk., im Jahre 1929 dagegen 28 099 897 Mk.

Die sozialen Unterstützungen im Jahre 1929 erforderten 6 607 868 Mk.

Für Streiks wurden im Jahre 1928 ausgegeben 1 181 293 Mk., 1929 aber nur 175 043 Mk. In diesen Zahlen spiegelt sich die Situation der beiden Jahre. Ein Krisenjahr ist kein günstiges Jahr für Streikfolge.

Die Ausgaben für Gehälter betragen 2,1 Prozent, die sachlichen Verwaltungskosten 1,7 Prozent der Gesamtausgaben.

Herstellung und Versand der Verbandsorgane „Proletarier“ und „Keramischer Bund“ erforderten insgesamt 4,2 Prozent der Gesamtausgabe.

Das einzelne Exemplar verurteilt für den „Proletarier“ 2,6 Pf., für den „Keramischen Bund“ 3,2 Pf. Die Lokalkassen hatten im Jahre 1929 eine Einnahme von 8 259 313 Mk. Die Lokalkassenbestände betragen am Jahreschluss 8 397 673 Mk.

Kollege Adler berichtet hierauf über die Erfahrungen bei der Invalidenunterstützung in unserem Verbands. 25 Verbände mit 8 903 449 Mitgliedern haben diese Unterstützung eingeführt.

Sie alle haben mit der Einführung dieser Unterstützungszweige, genau wie wir, einer Notwendigkeit Rechnung getragen, die sich für die Mitgliedschaft und für den Verband vorteilhaft auswirkt.

Gegenwärtig haben wir 10 255 invalide Mitglieder, die Rente vom Verbands erhalten. In der sich anschließenden Diskussion wird besonders der agitative Effekt der Invalidenunterstützung noch hervorgehoben.

### Die Arbeitsleistung steigt

durch Rationalisierung und Technisierung fast täglich. Fein ausgeklügelte Akkord- und Prämienysteme kommen hinzu und freiden den Arbeiter zu immer größerer Leistung, zu immer stärkerem Arbeitstempo an.

Mit diesen für die Arbeiterschaft verberblichen Erscheinungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist

### die Steigerung der Unfallgefahren

verbunden, die den Arbeiter und die Arbeiterin in den rationalisierten, technisierten Betrieben ungleich mehr bedrohen als früher. Aber trotz der Steigerung der Arbeitsleistung, trotz der Senkung des Lohnkontos durch die Massenentlassungen fordern die Unternehmer noch

### Lohnsenkung

und verweigern jede Verkürzung der Arbeitszeit, die nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Unfallgefahren vermindern würde. Und trotz der gesteigerten Unfallgefahren und der höheren Unfallzahlen bei verringerter Arbeiterzahl wollen die Unternehmer noch

### die Sozialversicherung abbauen.

Gegen vermehrte Ausbeutung, für Verbesserung des Arbeiterstandes, gegen den Lohnabbau und die Sozialreaktion ist die beste Waffe:

### Ausbau und Stärkung des Verbandes!

Kollege Karl begründet zu Punkt 4 einen vom Hauptvorstand vorgelegten Antrag auf Änderung der Satzungen der Unfall- und Unterstützungskasse. Der Verbandsbeirat beschließt entsprechend der Vorlage wie folgt:

Dem § 11 Ziffer 2 ist anzufügen: Die Gesamtrente darf abzüglich der Beiträge für die Krankenversicherung 85 Prozent des zuletzt bezogenen Gehaltes nicht übersteigen.

Übersteigt die Gesamtrente nach Abzug der Beiträge für die Krankenversicherung 85 Prozent des Gehaltes, dann wird die Unterstützung aus der Unfall- und Unterstützungskasse um den übersteigenden Betrag gekürzt.

Zur Gesamtrente im Sinne dieser Bestimmung rechnen Bezüge aus der Angestellten- bzw. Invalidenversicherung, Bezüge nach § 20 des Verbandsstatuts und Bezüge aus der Unfallunterstützungskasse.

Bei § 13 Ziffer 1 ist anzufügen: Die Witwenunterstützung wird nach der umgekehrten Rente gemäß § 11 Ziffer 2, Satz, berechnet.

Bei § 15 ist „80 Prozent“ durch „85 Prozent“ zu ersetzen.

Der Kollege Großmann behandelt unter Punkt 5 der Tagesordnung die Lohn- und Tarifbewegung. Seit der Stabilisierung der Mark (20. November 1923) ist es uns gelungen, den Reallohn zu erhöhen, teilweise durch gewerkschaftliche Machtmittel, zum Teil durch den Respekt, den eine starke Organisation sich erzwingt.

1929 waren die Erfolge etwas geringer als in den vorhergehenden Jahren. Die Ursachen kennen Sie selbst.

Das Tarifwesen ist erheblich verbessert und ausgebaut worden.

Die günstige Entwicklung ist unterbrochen, denn eine Krise hat sich den Vorkämpfern der Gewerkschaften gemeldet. Das Berggewerbe, eine wichtige Schlüsselindustrie, ist in diesem Jahre gering beschäftigt.

Das wirkt sich auf alle anderen Berufsgruppen aus, insbesondere auch auf unsere baustoffherstellenden Branchen. In der Bergindustrie kommt wir, wenn auch manchmal noch langen Verhandlungen, die Tarifverträge verlängert. In einigen Bezirken ist noch nicht abgeschlossen.

Teilweise sind Schiedsprüche und Verbindlichkeitsverklärungen zustande gekommen. In Sachen konnte der vorjährige Lohn nicht in allen Fällen gehalten werden. In einigen Betrieben der chemischen, der Papier- und der Glasindustrie sind kleine Lohnsenkungen erreicht worden.

Manche Unternehmer unseres Tarifgebietes spielen allerdings auch mit Lohnabbaugedanken.

Die Abwehr drohenden Lohnabbaus halten wir für ganz selbstverständlich.

In der Rohstoffindustrie haben wir ohne den Eingriff der Schlichter unsere Position gehalten. Aber auch sonst haben wir uns im allgemeinen gut durch alle Schwierigkeiten hindurchgearbeitet.

Die Organisation kann auch in der Verteilung stark sein. Wir sehen auch den „kommenden Winter“ gefaßt entgegen.

Brey schließt die Diskussion über diesen Punkt ab mit der Bemerkung:

Wir werden wegsam sein und uns nicht auf der Nase herumtanzen lassen.

Bei Punkt 6. Geschäftliches, bepricht Kollege Schmidt des Reichsverbandes in der Frage des Tariflohnens für Organisierte und Unorganisierte. Selbstverständlich gilt der Tariflohn für alle im Betriebe Beschäftigten.

Brey geht auf die in letzter Zeit abgehaltenen Verhandlungen zwischen den Spitzen der Arbeit- und Unternehmerorganisationen ein. In der Presse sind daraus ganz ungenügende Folgerungen gezogen worden.

Die Tatsache, daß die genannten Spitzenvertreter die Wirtschafts- und Arbeitslohnfrage besprochen, genügt, um die Meinung zu kolportieren, eine neue Arbeitsgemeinschaft sei gebildet.

Der Bundesausschuß hat von vornherein erklärt, daß er an eine solche ebensowenig denke wie an eine Zustimmung zu einem Lohnabbau.

Ein Ergebnis zeitigten die Verhandlungen nicht.

Kollege Thiemig behandelt hierauf die Gehaltsfrage der Zahlstellenangehörigen. Er empfiehlt den Abschluß von Anstellungsverträgen zwischen Zahlstellenleitung und Geschäftsführung. Der Hauptvorstand stellt seinen Rat zur Verfügung.

Nach einem Schlusswort des Kollegen Brey wurde die 12. Beiratsitzung geschlossen.

### Das Verbandsjahr 1929.

#### II. Das Finanzwesen.

In der Darstellung unseres Finanzwesens für das Jahr 1929, Nr. 24, ist in der ersten Tabelle irrtümlicherweise eine Zeile umgestellt worden, so daß unter Umständen ein falsches Bild über die Einnahmen im Jahre 1929 entstehen könnte.

Die Tabelle muß so aussehen:

Einnahmen	1928 RM.	1929 RM.
Kassenbestand vom Vorjahre	2 551 585,96	4 139 191,19
Einnahmen aus Beiträgen	18 328 185,59	21 988 750,04
Sonstige Einnahmen	1 791 576,19	1 110 947,59
	22 671 347,74	27 238 888,82

Es ist selbstverständlich, daß nicht der Kassenbestand, wie in der falsch gesetzten Tabelle angegeben wurde, sondern daß die Einnahmen aus den Beiträgen 21 988 750,04 Reichsmark betragen.

### Die Verhandlungen der Spitzenverbände beendet.

Die viel besprochenen Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen der Arbeiter und der Unternehmer sind gescheitert, wenigstens kann man ihre vorläufige Beendigung und eventuelle Weiterführung im Reichswirtschaftsrat als Beweis dafür ansehen.

Über die letzten Verhandlungen unterrichtet folgende Rundgebung des DGB:

Die Besprechungen, die zwischen den Spitzenverbänden des Unternehmertums und den Gewerkschaften seit Monatsfrist gepflogen werden, würden bekanntlich auf Initiative einer Gruppe von Unternehmern aus der verarbeitenden Industrie aufgenommen.

Den Ausgangspunkt dieser Verhandlungen bildete der von den Unternehmern vertretene Gedanke, daß es eine sittliche Pflicht der in gesicherter Stellung befindlichen Berufsschichten der Wirtschaft sei, ihre Arbeitsgelegenheiten, die zum Opfer der deutschen Wirtschaft geworden sind, nicht im Stich zu lassen.

Die Angestellten der Wirtschaft bis hinauf zu den Generaldirektoren sollten für das Stahjahr 1930 von ihrem nichtversicherungspflichtigen, lohnsteuerpflichtigen Arbeitseinkommen bis zur Höhe des ungeteilten Versicherungsbeitrages einen Hilfsbeitrag zur Arbeitslosenversicherung leisten.

Wenn auch nach Ansicht der Gewerkschaften dieses Notopfer keineswegs als ausreichend anerkannt werden konnte, sondern nach ihrer Überzeugung ausgebeht werden muß auf alle von der Arbeitslosigkeit nicht erfaßten Berufsschichten, so konnte doch dieses Angebot der Unternehmer für den Anfang als eine brauchbare Grundlage der Verhandlungen anerkannt werden.

um so mehr, als in gemeinsamer Aussprache die Ursachen der Arbeitslosigkeit geprüft und unterfucht werden sollten, um Wege zu finden, die Vertrauenskrise der Wirtschaft zu überwinden.

Dabei verstand es sich von selbst, daß die Senkung der Selbstkosten der Produktion im Vordergrund der Beratungen stehen sollte.

Da diese Gruppe der Unternehmer, mit der zunächst die Verhandlungen geführt wurden, sich der Einsicht nicht zu verschließen schien, daß eine Senkung der Preise nur dann zu einer Ankurbelung der Wirtschaft führen könnte, wenn gleichzeitig für die Sicherung der Kaufkraft und in der Folge für ihre Stärkung Sorge getragen würde, war es sachlich berechtigt, trotz der schon bei den ersten Beratungen auftauchenden Meinungsverschiedenheiten über den einschlagenden Weg, die Verhandlungen durchzuführen.

Ferner sollte auch die Senkung der Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden und in diesem Zusammenhang die Möglichkeit der Senkung der allgemeinen Steuerlasten Gegenstand der Besprechung sein.

Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben bei diesen Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine Senkung der Selbstkosten der Produktion in weitem Ausmaße ohne Abbau der Löhne durchgeführt werden müsse.

Sie hielten es für entscheidend, die übersehenen Kartellpreise abzubauen, deren Senkung z. B. in der Eisenindustrie ohnehin längst fällig war, da, wie auch die Unternehmer selbst zugeben mußten, die Rohstoffpreise sich wesentlich gesenkt haben.

Diese Anpassung der Monopolverpreise an die gesunkenen Gesehungskosten und an die veränderten Kaufkraftverhältnisse ist ohne jeden Druck auf die Löhne möglich. Ebenso vertragen die Gewerkschaften die Auffassung, daß die viel zu hohen Gewinnspannen im Handel vermindert werden müssen.

Außerdem erklärten sie eine Senkung der inländischen Zinssätze und eine bessere Organisation der Kreditbeschaffung und Kapitallenkung für unbedingt erforderlich, mit dem Ziel, die Geld- und Kapitalkosten zu verbilligen.

Wenn die Aktion überhaupt einen Erfolg haben sollte, mußten sich die Unternehmer darüber im klaren sein, daß das Ziel dieser Besprechungen unter keinen Umständen erreicht werden könnte ohne Sicherstellung und in der Folge die Erhöhung des Reallohnes.

Nach der gemeinsamen Ausschussung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände machte sich sichtbar der Einfluß der Schwerindustrie auf die Verhandlungsführer der Unternehmer geltend.

Die Senkung und Einschränkung der personellen Ausgaben der öffentlichen Körperschaften, um eine durchgreifende Erleichterung der öffentlichen Kassen zu

erreichen, eine entsprechende Anpassung der Personalausgaben in der Privatwirtschaft, die alle in ihr tätigen Personen (einschließlich der leitenden Persönlichkeiten) einbezogen sollte — d. h. praktisch ein Lohn- und Gehaltsabbau und Arbeiter- und Beamtenentlassungen im großen Maß, wurden nunmehr als die Voraussetzung für einen Abbau der Preise erklärt, Maßnahmen, deren Durchführung erst gesichert sein müßten, ehe die für die Produktion und Warenverteilung verantwortlichen Organe an die Preislenkung herangezogen könnten. Dabei wurde von vornherein darauf hingewiesen, daß Fehler in der Finanzpolitik die Erfüllung des unbestimmten Versprechens einer Senkung der Preise illusorisch machen könnten. Gleichzeitig wurde in vorläufiger Formulierung die in den Programmen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände geforderte Anpassung der öffentlichen Lasten an die innere deutsche Finanzkraft, d. h. ein Abbau der Leistungen der Sozialversicherung und eine Einschränkung ihrer Verwaltungskosten, in das neu formulierte Programm eingebaut. Der Gedanke eines Notopfers der in geschickter Lebensstellung stehenden sollte nur dann in Betracht gezogen werden, wenn Regierung und Volksvertretung sich auf die vorerwähnten Forderungen einigten und ihre Durchführung bis in die letzten Organe der Verwaltung sicherstellten. Mit einem Wort: Ein Notopfer der noch in den Betrieben tätigen Arbeiter und Angestellten in Form von abgebauten Löhnen und Gehältern, ein Notopfer der Arbeitslosen in Form von abgebauten Leistungen der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung sollte die Vorbedingung dafür sein, daß auch die von der Arbeitslosigkeit nicht erfassten Berufsschichten zu außerordentlichen geldlichen Leistungen herangezogen werden.

Diese Verschiebung der Verhandlungsbasis erschwerte den Fortgang der Verhandlungen außerordentlich und legte den Vertretern der Gewerkschaften den Gedanken nahe, sie ohne weiteres abzubrechen. Nur der außerordentliche Ernst der Arbeitsmarktlage veranlaßte die Vertreter der freien Gewerkschaften, sich noch an den weiteren Verhandlungen zu beteiligen. In einer gemeinsamen mit den Spitzenorganisationen der christlichen und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften formulierten Entschließung faßten sie daher noch einmal die von ihnen vertretene, in klarem Gegensatz zu den Anschauungen der Unternehmer stehende Ansicht über die außerordentlichen Maßnahmen zur Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zusammen. An der Spitze des von ihnen formulierten Programms stand das Notopfer aller von der Arbeitslosenversicherung nicht erfassten Kreise, in dem sie einen ersten wirksamen Schritt zur Sanierung der Reichsfinanzen erblickten, die eine Voraussetzung für jede Gesundung der Wirtschaft bildet. Die Sanierung der öffentlichen Finanzen muß ohne Abbau der Sozialausgaben möglich sein, denn ein Abbau der Leistungen der Sozialversicherung führt nur zu einer Verelendung im Versicherungsfall und kann unmöglich für die Entwicklung der Wirtschaft günstig sein. Eine sorgfältige Kontrolle aller vorgegebenen öffentlichen Ausgaben, Bekämpfung der Verschwendung in der Verwaltung, Ausschöpfung aller möglichen Steuerquellen, soweit nicht durch sie eine Hemmung des wirtschaftlichen Aufschwunges zu erwarten ist, müssen Hand in Hand mit einer Verwaltungsreform eine durchgreifende Erleichterung der öffentlichen Lasten ermöglichen. Eine Ersparnis auf dem Gebiete der Sozialversicherung ist nur durch eine Vereinfachung der Organisation zu erreichen. Die wichtigste Aufgabe aber bleibt die Wiedereinordnung der Millionen Arbeitslosen in den Produktionsprozeß, die sie, wie schon kurz angedeutet wurde, durch eine zweckmäßigere Organisation der Kreditbeschaffung und Kapitallenkung, durch Aufnahme ausländischer Anleihen für die öffentlichen Körperschaften, durch planmäßige konjunkturpolitische Verteilung der Beschäftigungsaufträge und die Durchführung der vom Reichswirtschaftsrat vorge schlagenen Maßnahmen zur Belebung des Baumarktes erreichen wollen. Aber alle diese Maßnahmen sind nur durchführbar, wenn eine Senkung des Preisniveaus mit größter Beschleunigung durchgeführt wird. Es genügt nicht, daß nur das industrielle Preisniveau eine Senkung erfährt. Die angestrebte Senkung der Warenpreise muß sich auch im Einzelhandel auswirken. Es muß auch eine eindeutige Verminderung der Lebenshaltungskosten eintreten. Das Ziel der Überwindung der Wirtschaftskrise würde nicht erreicht werden, wenn auf unsichere Versprechungen hin das Realeinkommen gesenkt werden würde. Die ganze Aktion verliert jede Bedeutung, wenn es nicht erreicht wird, die Massenkaufkraft zu heben. Die Belebung des inneren Marktes ist die Voraussetzung für die Ankurbelung der Wirtschaft.

Der natürliche Gegensatz der Anschauungen, der sich im Verlaufe des Juni bei den Beratungen immer mehr vertiefte, wurde wesentlich verschärft durch eine Reihe von Ereignissen, die klar zeigten, daß die an den Verhandlungen beteiligten Vertreter der Unternehmer nicht genügend Einfluß auf die praktischen Maßnahmen der Schwerindustrie und auf das Vorgehen ihrer politischen Vertretung, der Deutschen Volkspartei, hatten. Der Schiedsspruch von Synhausen, der den Lohnabbau zur Voraussetzung des Preisabbaues in der Schwerindustrie machte, besonders seine Verbindlichkeitsklärung, die in der Folge dazu führte, daß die Senkung der Löhne nicht der Verbraucherschaft, sondern als Extraprofit den Unternehmungen zugute kam, zeigten deutlich, mit welcher bedenkenlosen Rücksichtslosigkeit die Schwerindustrie und die beteiligten Organe der Regierung den ursprünglichen Sinn der Verhandlungen durchkreuzten. Es wurde bekannt, daß die Schwerindustrie den Reichsfinanzminister Wolbenhaar nicht zuletzt deshalb zu Fall brachte, weil er sich nicht darauf einlassen wollte, den Abbau der Löhne und Gehälter durch ein vom Reichstag zu beschließendes Gesetz durchzuführen, das die langfristigen Tarifverträge mit einem Schlage aufheben sollte. In den Beratungen wurde selbst von einigen Unternehmern anerkannt, daß, während die Verhandlungen der Spitzenverbände schwebten, Arbeiterentlassungen nicht stattfinden dürften. Aber nicht nur, daß die Schwerindustrie unbekümmert zu Entlassungen und mit Hilfe der Regierung zu einem weitgehenden Lohn- und Gehaltsabbau schritt, auch der Vorstehende des Ausschusses der Deutschen Reichsbahngesellschaft Herr von Siemens wandte sich — wie es scheint — auch

überraschend für die an den Verhandlungen beteiligten Unternehmervertreter — in einem Schreiben an die Reichsregierung, in dem er unter Hinweis auf die kritische Lage der Reichsbahn kurzerhand einen Lohn- und Gehaltsabbau forderte. In diesem Vorgehen liegt System. Auch die Firma Krupp in Essen hat den Antrag auf Entlassung von 7 v. H. ihrer Belegschaft gestellt, ein deutliches Zeichen dafür, daß die Schwerindustrie entschlossen ist, die Arbeitslosigkeit nicht nur nicht zu verhindern, sondern mit allen Mitteln darauf auszugehen, ihr in den letzten Jahren propagiertes Programm zu verwirklichen, nämlich die sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit unter Ausnutzung der Arbeitslosennot und der Finanzkatastrophe des Reiches zu beseitigen.

Zu diesen praktischen Maßnahmen der deutschen Schwerindustrie steht das Vorkommen der an den Beratungen beteiligten Unternehmer zu der sittlichen Verpflichtung, die Notlage ihrer „Arbeitsgenossen“ zu lindern, in schroffem Widerspruch. Die freien Gewerkschaften hielten daher weitere Verhandlungen mit den Unternehmern angesichts der von der Schwerindustrie betriebenen Juspizierung der wirtschaftlichen und politischen Situation für völlig aussichtslos.

Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben dementsprechend die Konsequenzen gezogen und betrachteten diese Verhandlungen als beendet.

**Kleine Unterschiede.**

Für den Dialektiker ist die Welt ein Begriff, für den Schöngeist ein Bild, für den Schwärmer ein Traum, für den Forscher Wahrheit.

L. Büchner.

---

Dem Kapitalisten, dem Händler ist die Welt ein Geschäft; dem Arbeiter und Sozialisten ist sie ein Werk, an dessen Vervollkommnung er arbeitet.

Pan.

**Der Widersinn des Lohnabbaues.**

Die katastrophale Entwicklung der Lage auf dem Arbeitsmarkt, das Millionenheer von Arbeitslosen rufen nach Mitteln, um der furchtbaren Krise Herr zu werden, die Schär der Arbeitslosen in die Wirtschaft wieder einzugliedern. Es könnte nicht ausbleiben, daß als Heilmittel für die Überwindung der Krise die allgemeine Herabsetzung der Löhne empfohlen wurde. Der Arbeiterschaft wird wieder einmal das größte Opfer zugemutet. Es kostete hatte und lange Kämpfe, bis die Löhne von ihrem Tiefstand allmählich gehoben werden konnten. Man ist sich dessen bewußt, daß der soziale Aufstieg der Arbeiterschaft mit auskömmlichen Löhnen aufs engste verbunden ist. Auch soll man sich darüber nicht täuschen, daß ein freiwilliger Verzicht auf Lohnherabsetzung und Zustimmung zu Lohnherabsetzungen niedrige Löhne für lange Zeiten bedeuten kann. Sowohl langfristige Tarifverträge, noch mehr der Widerstand der Unternehmer, der sich immer gegen Lohnsteigerungen, ob Konjunktur, ob Krise, geltend macht, stehen der Wiederherstellung der Löhne in besserer Zeiten entgegen. Trotzdem gebietet es die Rücksicht auf das Millionenheer der Arbeitslosen, ernstlich zu prüfen, ob und unter welchen Umständen Lohnherabsetzungen einen Ausweg aus der gegenwärtigen schweren Lage bieten könnten.

Die Frage kann unter zwei Gesichtspunkten geprüft werden. Man kann untersuchen, ob die Löhne überhaupt so hoch sind, d. h. ob sie mit der Produktivität der Arbeit oder mit den Konkurrenzverhältnissen auf dem Weltmarkt im Einklang stehen. Oder aber man muß sich fragen, ob zur Überwindung der gegenwärtigen Krise, zur Herbeiführung eines Konjunkturaufstiegs und zur Verringerung der Arbeitslosigkeit Lohnherabsetzungen erforderlich sind. Die beiden Fragen fallen nicht unbedingt zusammen. Man könnte sich z. B. vorstellen, daß die Löhne in dem ersten Sinne hoch sind, für die Überwindung der Krise jedoch ihre Herabsetzung nicht geeignet, ja abträglich ist, und umgekehrt, daß die Löhne an sich niedrig sind, ihre Herabsetzung zur Behebung der Krise trotzdem erwünscht sei. Offenbar ist gegenwärtig die Beantwortung der zweiten dringlicher, nämlich die Untersuchung, ob für die Überwindung der Krise Lohnherabsetzungen am Platze sind.

Zwei Argumente stehen hier im Vordergrund. Einmal wird die Notwendigkeit der allgemeinen Preislenkung zur Überwindung der Krise betont. Um zu einer solchen Preislenkung zu gelangen, sei aber Senkung der Produktionskosten mit Hilfe der Lohnherabsetzungen erforderlich. Das zweite Argument bezieht sich auf die Feststellung der gegenwärtigen Vertrauenskrise, deren Überwindung und damit in Verbindung die Wiederherstellung der Rentabilität der Unternehmungen allein mit Hilfe von Lohnherabsetzungen möglich sei.

Wenn man der Preislenkung zur Überwindung der Krise das Wort redet, so müssen wir nach dem Sinn und der Bedeutung einer solchen Preislenkung fragen. An sich sind Preislenkungen für die Ankurbelung der Konjunktur nicht nötig, im Gegenteil pflegt die Konjunktur gerade durch steigende Preise angefaßt zu werden. Trotzdem hat es einen guten Sinn, wenn gegenwärtig die Preislenkung als Heilmittel empfohlen wird. Was soll die Preislenkung bewirken? Mit ihrer Hilfe soll Kaufkraft freigesetzt werden, um Produkte zu kaufen, die heute unabsehbar sind und daher sich als Lagerware anammeln oder überhaupt nicht erzeugt werden, obwohl die Produktionsanlagen zur Erzeugung dastehen. Die monopolistisch beherrschten Industriezweige verfügen über eine gewaltige Leistungsfähigkeit, da sie ihre Gewinne gewöhnlich im eigenen Industriezweig angelegt haben. Sie verkaufen jedoch im Inland zu Monopolvereinen, weshalb ihr inländischer Absatz künstlich eingeschränkt wird. Die Senkung der Monopolvereine hat für die Überwindung der Krise eine dreifache Bedeutung: Sie soll es ermöglichen, daß die Produktion in den monopolistischen Industrien selbst erweitert wird.

Zweitens, daß die Produktionskosten jener Industriezweige, die die Produkte der monopolistischen Industrien zur Weiterverarbeitung kaufen, gesenkt und sie in die Lage versetzt werden, ihre Preise zu ermäßigen und dadurch mehr als bisher zu verkaufen. Drittens, daß die letzten Verbraucher, und das sind im wesentlichen die großen Massen der Erwerbstätigen, bei niedrigen Preisen mehr als bisher kaufen und so die Produktion anregen. Wie passen nun Lohnherabsetzungen in dieses Schema? Es wird allerdings gesagt, Löhne und Preise müssen gleichzeitig gesenkt werden, damit niedrigere Produktionskosten die Preisermäßigung ermöglichen sollen. Die Sache steht aber so, daß die Behebung der Krise durch Preislenkung nur erfolgen kann, wenn der Reallohn erhöht wird, d. h. wenn die Preise, und zwar vornehmlich derjenigen Waren, die von den Arbeitern gekauft werden, in einem größeren Umfang sinken als die Löhne. Sonst kann das Gleichgewicht zwischen Massenkaufkraft und Produktionsmenge nicht erreicht werden. Für eine solche Entwicklung besteht aber nicht die geringste Gewähr. Das haben wir beim Verhalten des Eisenkartells, das zur Durchführung einer geringfügigen Preislenkung, die schon längst überfällig war und die allein schon auf Grund der Ersparnisse, die die Eisenindustrie bei ihrer Rohstoffbeschaffung erzielt, leicht möglich gewesen wäre, die Löhne herabsetzt und die ganze Preislenkung von den Lohnabschlägen hereinholen will. Besteht aber keine Garantie, ja keine Wahrscheinlichkeit, daß Preislenkungen bei gleichzeitiger Lohnsenkung zur Erhöhung der Reallohn führen, so wäre zur Überwindung der Krise logischerweise nicht Lohnherabsetzung, sondern Lohnherabsetzung erforderlich, damit die Massenkaufkraft an die Stellen geleitet wird, wo sie eine Nachfrage ausüben kann. Völlends ist es falsch, die Reihenfolge: Preislenkung, Lohnsenkung bei den Löhnen anzufangen: Das Mißverhältnis zwischen Produktion und Massenkaufkraft würde dann zunächst nur steigen.

Gegen diese Darstellung gibt es allerdings einen wichtigen Einwand. Die Darstellung beruht nämlich auf einer volkswirtschaftlichen Betrachtung, während der einzelne Unternehmer nur auf seinen eigenen Vorteil sieht. Er wird die Produktion nur ausdehnen, wenn er eine bessere Rentabilität des Unternehmens erhofft, und dazu sollen ihm die Lohnherabsetzungen verhelfen. Bedenkt man, daß die gegenwärtige Krise im wesentlichen eine Vertrauenskrise ist, herbeigeführt durch politische Fehle, Inflationsangst und die Krise der öffentlichen Finanzwirtschaft, so soll der Stachel des Gewinns die Vertrauenskrise in der Seele des Unternehmers überwinden. Zu diesem Gedankengang soll zunächst bemerkt werden, daß die oben als unbedingt erforderlich bezeichnete Preislenkung kaum erfolgen kann, wenn der Unternehmer seinen erhöhten Gewinn von der Lohnsenkung erwartet und daher keinen Zwang für die Erweiterung des Absatzes durch Preislenkung empfindet. Es soll jedoch zugegeben werden, daß die Lohnsenkung in der Tat eine günstige Wirkung auf die Unternehmungslust ausüben könnte. Die Frage ist nur, ob der Erfolg des Opfers wert ist. Es ist nicht anzunehmen, daß die Belebung der Unternehmungslust so bald zur Einstellung von so vielen Arbeitskräften führen würde, daß die Gesamtlohnsumme und damit die Massenkaufkraft trotz Kaufkraftsenkung durch Lohnsenkungen wesentlich steigen könnte. Im anderen Fall müßten aber Lohnsenkungen die Absatzkrise noch verschärfen. Auch soll man die Möglichkeit einer Vertrauenskrise bei der Arbeiterschaft selbst nicht unterschätzen, die sich im Falle einer Lohnsenkung bald in einem Absinken der Arbeitsintensität äußern könnte; die Produktionskosten, insbesondere der Lohnanteil würden dann wieder steigen.

Es wird behauptet, die gegenwärtige Stockung rühre von der mangelnden Rentabilität der Unternehmungen her. Soweit die mangelnde Rentabilität allein die Folge der Vertrauenskrise oder die Folge des Zusammenschrumpfens der Massenkaufkraft ist, wurde sie oben behandelt. Anders stünde es, wenn von einer allgemeinen Unrentabilität der Wirtschaft, herbeigeführt durch geringe Produktivität, Zurückbleiben des Produktionsapparats hinter dem technischen Fortschritt und dementsprechend von einem allzu hohen Lohnanteil an den Produktionskosten gesprochen werden könnte. In diesem Fall müßte man Lohnsenkungen ernstlich erwägen. Trifft aber dieser Fall für die deutsche Wirtschaft im allgemeinen zu? Dies muß nachdrücklich verneint werden. Wenn einzelne Unternehmungen unrentabel geworden sind, so bedeutet das noch keineswegs, daß nun der ganze Produktionszweig, geschweige denn die ganze Industrie nicht rentabel arbeitet. Freilich werden in Zeiten einer wirtschaftlichen Depression Betriebe, die unter besonders ungünstigen Verhältnissen produzieren, unrentabel werden und könnten nur mit Hilfe von Lohnherabsetzungen weiter existieren, im Falle, daß sie nicht in der Lage sind, ihre Lohnkosten auf die Abnehmer der Waren zu überwälzen. So ist es unvermeidlich, daß solche „Grenzbetriebe“ zum Erliegen kommen. Solange aber die mangelnde Rentabilität nur bei einem Bruchteil der Unternehmungen vorhanden ist, wäre es völlig unbegründet, die Löhne im allgemeinen herabzusetzen. Die Lohnsenkung bei den rückbleibenden Unternehmungen allein ist aber nicht nur aus produktionspolitischen Gründen bedenklich, indem dadurch häufig lebensunfähige Unternehmungen über Wasser gehalten werden, vielmehr auch deshalb, da in den meisten Fällen keine sicheren Kennzeichen für die Rentabilität eines Unternehmens vorhanden sind und da eine Lohnsenkung nur allzu leicht auch auf andere gut rentierende Unternehmungen übergreifen würde. Gerade das ist der Zweck der Unternehmer, wenn sie die mangelnde Rentabilität einzelner Unternehmungen für die Durchsetzung allgemeiner Lohnherabsetzungen ausnützen möchten. Im übrigen wird man sich häufig die Frage stellen müssen: Weshalb würden jene Unternehmungen unrentabel? Es wird sich herausstellen, daß in vielen Fällen mangelnde Ausnutzung der Produktionsanlagen und in Verbindung damit ein Leerlauf der Produktion mit der Folge hoher allgemeiner Unkosten Ursache der mangelnden Rentabilität gewesen war, aus dem Grunde, weil auf dem inneren Markt keine Kaufkraft für die Aufnahme der Produkte vorhanden war. Auch diese Feststellung mahnt zur Vorsicht.

So ist Lohnsenkung unter dem Gesichtspunkt der Krisenüberwindung ein Heilmittel, das schlimmer als die Krankheit ist. Inwiefern wird sie auch noch unter anderen Gesichtspunkten gebotet. Lohnsenkungen sollen die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt erhöhen und die für

die Befriedigung des Kapitalbedarfs erforderliche Kapitalbildung beschleunigen.

Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt gebietet es, so hören wir immer wieder, die Produktionskosten mit Hilfe von Lohnsenkungen herabzusetzen.

Lohnherabsetzungen werden endlich gefordert, um die Kapitalbildung zu beschleunigen. Angesichts des unbefriedigten Kapitalbedarfs müssen die Gewinne steigen, damit die Unternehmer einen Teil dieser Gewinne, die sie nicht selbst verbrauchen, zur Erweiterung der Produktion verwenden.

Von der staatlichen Wirtschaftspolitik erwartet man mit Recht Maßnahmen für die Hebung oder Linderung der Arbeitslosigkeit. Sie verfügt in der Tat über mannigfaltige Mittel für diesen Zweck.

**Gaukonferenz des Gaues 16.**

Die diesjährige Gaukonferenz des Gaues 16 fand am 24. und 25. Mai in Paderborn statt. Für die freigewerkschaftliche Bewegung ist dort die Arbeit sehr schwierig, und es wurde deshalb auch vom Ortsausschuß Paderborn besonders freudig begrüßt.

Zweck und Inhalt der Konferenz waren: Kollege Brodmann als Gast, Kollege Rilewiczek vom Hauptverband, Kollege Krenninger vom Kreisverband, ein Kollege vom Ortsausschuß, ein Kollege vom Bezirksausschuß Hagen und zwei Kollegen von der Bezirksleitung Dortmund sowie 41 Delegierte aus fünfzehn Gauzweitzellen.

Kollege Heering eröffnete die Konferenz. Der schriftlich vorliegende Bericht der Gauleitung wurde durch die mündlichen Ausführungen der beiden Gauleiter, Kollegen Heering und Hoffmann, ergänzt; eine Ansprache darüber fand nicht statt.

Über den Stand der deutschen Wirtschaft vor und nach dem Krieg sprach der Redakteur des „Krauschen Bundes“, Kollege Krenninger. Das Referat wurde mit starkem Beifall aufgenommen und der Antrag gestellt, den Vortrag in Broschürenform herauszugeben. Ferner wurde der Wunsch geäußert, Kollege Krenninger möge sich für diesen Vortrag einer Reihe von Zahlstellen zur Verfügung stellen.

Im Thema „Rechtsprechung zum Arbeitsvertragsrecht“ sprach Kollege Rilewiczek von der Rechtsabteilung Hannover. Auch diesen Vortrag hörte die Konferenz mit großem Interesse und dankte mit lebhaftem Beifall dafür.

Kollege Hoffmann widmete dem Kollegen Sommer, der bei einem Anfall zu Tode gekommen ist, einen warm empfundenen Nachruf. Die Teilnehmer der Konferenz erhoben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Sitzen.

Als Ort der nächsten Gaukonferenz wurde Münster bestimmt.

**Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.**

**Reform der Krankenversicherung.**

Im Rahmen ihres Sparprogramms hat die Reichsregierung einen Gesetzesentwurf über Änderungen in der Krankenversicherung ausgearbeitet. Der Entwurf beschäftigte den Reichstag und wird in den nächsten Tagen bereits dem Reichstag zur beschleunigten Verabschiedung zugehen.

hörden, Mitglieder der Parlamente und der Presse hatten der Einladung Folge geleistet. Der geschäftsführende Vorsitzende des Hauptverbandes, Helmuth Lehmann, schilderte in einem groß angelegten Referat die Mängel und Vorzüge des Gesetzentwurfs.

„Die am 26. Juni 1930 in Berlin zu einer Kundgebung versammelten Landesverbände des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen erheben namens der von ihnen vertretenen zwölf Millionen Versicherten schwerste Bedenken gegen den von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über Änderungen in der Krankenversicherung.“

Der Entwurf läßt die seit Jahren von den in der Krankenversicherung tätigen Arbeitgebern und Versicherten aufgestellten Reformvorschläge größtenteils unberücksichtigt.

Statt dessen bringt er eine Einschränkung der Leistungen, insbesondere durch die Arzneikostenbeteiligung und die Krankenscheinegebühr, die schon durch ihre Häufung untragbar ist. Die vornehmste Aufgabe der Krankenversicherung, den Kranken schnelle und stets bereite Hilfe zu bringen, wird gerade da, wo sie am nötigsten ist, vereitelt.

Die in dem Entwurf vorgeschlagene Reform des kassenärztlichen Dienstes und die beabsichtigten Verwaltungsvereinfachungen sichern völlig die von der Reichsregierung als notwendig bezeichneten Ersparnisse.

Die geplante weitere Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts ist ungerechtfertigt und nur geeignet, eine gesunde Weiterentwicklung der Krankenkassen zu stören.

Dagegen läßt der Entwurf die dringend notwendige Vereinfachung in der Organisation durch Beseitigung der Zweigkassen und durch Bildung von Pflichtkassenverbänden dauerlicherweise vermissen.

An den Reichstag richten die Versammelten die dringende Bitte, ihre auf Grund jahrzehntelanger tätiger Mitarbeit kundgegebenen Wünsche nicht unberücksichtigt zu lassen. Sie fordern eine gründliche Umgestaltung dieses Gesetzentwurfes zu einer den sozialen Bedürfnissen der Versicherten gerecht werdenden Reform der Krankenversicherung.“

**Wirtschaftliches.**

**Die Arbeitslöhne in Deutschland und in anderen Staaten.**

Die englische Regierung hat ein Weißbuch herausgegeben über die Lage der Eisen- und Stahlindustrie in Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Luxemburg und der Tschechoslowakei. In dem Buche wird vor allem hervorgehoben, daß die Löhne in allen Ländern beträchtlich niedriger seien als in England. Überdies ist die Arbeitszeit in der Regel länger, die Fabriken sind modernisiert, was zu einer entsprechenden Verminderung der Arbeitskräfte führte.

In den Ländern Frankreich, Belgien und Luxemburg ist eine Arbeitslosigkeit nicht vorhanden. In Deutschland beträgt sie 14 Prozent, während 16 Prozent verkürzte Arbeitszeit haben.

**Lohn- und Tariffbewegungen.**

**Lohnabbaupläne in der sächsischen Ziegelindustrie.**

In der Dachziegelabrik G. m. b. H., Langburkersdorf im Freistaat Sachsen hatte sich die Arbeiterschaft geweigert, in einen zehnprozentigen Abbau der Akkord- und Stundenlöhne einzuwilligen. Darauf wurde der Ofenkolonne zum 2. Juli gekündigt. Mit dieser Maßnahme wollen die Unternehmer die Arbeiter zwingen, zu den niedrigeren Löhnen zu arbeiten.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Almenau.** Aus Almenau wird uns folgende Entschlieung zur Veröffentlichung übermittelt:

Die am 22. Juni 1930 in Almenau tagende Zahlstellenleiterkonferenz des Gaues Thüringen im Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands nahm unter anderem auch Stellung zu dem Kabinettentwurf der Reichsregierung, gesetzlichen Verbot der Werberklame betreffend. Die Konferenz erhebt gegen die Absicht der Reichsregierung energischen Protest, weil sie weiß, daß durch ein gesetzliches Verbot der Werberklame anstatt Arbeit zu schaffen, die Arbeitslosigkeit vergrößert wird.

Die Konferenz in einem gesetzlichen Verbot der Werberklame eine einseitige Interessenpolitik, von der auch der Einzelhandelsverband bzw. der Verband der Rabattvereine und die Wirtschaftspartei als die Träger dieses Planes keinen Vorteil hätten. Im übrigen schlägt dieser Entwurf das Entstehen des vorl. Reichswirtschaftsrates ganz in den Wind und handelt so gegen jede Vernunft.

Die Konferenz spricht dem Verbandsvorstand für sein Verhalten, den Entwurf nicht Gesetz werden zu lassen, den Dank aus und fordert denselben auf, in Gemeinschaft mit allen Gewerkschaftsinstanzen den Kampf nach dieser Richtung mit derselben Energie fortzusetzen.“

**Gewerkschaftliche Nachrichten.**

**Die Allgemeine Chemnitzer Dram- und Bran- Zeitung.**

Die „bürgerliche“ Gesellschaft, der Blattegel aller arbeitenden Schichten, ist materiell unersättlich. Diese Eigenschaft ist rein privatkapitalistisch. Die privatkapitalistischen Schichten plündern die Arbeitnehmerschaft einmal als Arbeitnehmer an, dann als Konsumenten, und dann möchten sie — alles haben, selbst wenn sie im Houb der Arbeitstiere ersticken.

Sogar die Hungerpfennige der Arbeitslosen möchten sie in ihre unergründlichen Taschen stecken. Bei diesem unfauleren Geschäft sind ihnen sogar arme Lohnschreiber behilflich.

Da hat irgendein armer Teufel die Veröffentlichung über das Finanzwesen unseres Verbandes im Jahre 1929 im „Proletarier“ Nr. 24 entdeckt, und er muß sich darüber in der am äußersten rechten Winkel hängenden „Chemnitzer Allgemeinen Zeitung“ im Interesse der Reaktionsäre ärgern über unseren guten Kasienabschluss. Unsere Millionen können die „Herren“ uns nicht wegskamotieren, deshalb verdächtigt der Schreiber und sagt:

„Rund 11 Millionen hat die Verwaltung mit allem Drum und Dran geschluckt.“ Ist das Dummheit oder was sonst? Jeder Esel merkt, daß diese Darstellung nicht stimmt.

Die persönlichen Verwaltungskosten betragen beim Fabrikarbeiterverband für 1929 ganze 2,1 Prozent, die sachlichen Verwaltungskosten 1,7 Prozent der Gesamtausgaben. Für den „Chemnitzer-Allg.-Zeitung“-Menschen ist einfach alles Verwaltungskosten. Gegen Leute, die so jonglieren können, ist ein ehrlicher Mensch einfach machtlos. Um dagegen ankämpfen zu können, muß man schon die Schliche und Lumpereien der Börsenjobber, der Schieber und Befrüger kennen, die im privatkapitalistischen Lager sitzen. Die „Chemnitzer Allgemeine Zeitung“ wird diese Kreise ja besser kennen als wir.

**Rundschau.**

**Das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen.**

Den bürgerlichen Parteien ist das Wahlbündnis mit den Nationalsozialisten schlecht bekommen. Diese gewannen neun Mandate, die aus den Verlusten der bürgerlichen Parteien kommen. Das Gesamtergebnis der Wahl war folgendes:

Landtagswahl 22. 6. 1930	Mandate	Landtagswahl 12. 5. 1929	Mandate	
Sozialdemokraten	871 327	32	922 932	33
Deutsche Volkspartei	227 319	8	363 382	13
KPD	355 552	13	345 530	12
Wirtschaftspartei	276 702	10	304 884	11
Deutschnationale	124 300	5	211 906	8
Sächsisches Landvolk	120 497	5	140 611	5
Nationalsozialisten	376 724	14	133 787	5
Demokraten	83 671	3	115 289	4
Aufwert- u. Volksrechtspartei	44 142	2	70 131	3
USP	19 197	—	40 598	2
Romik. Opposition	14 827	—	22 129	—
Volksnat. Reichsvereinigung	39 351	2	—	—
Christl.-Soz. Volksdienst	87 408	2	—	—

Die Zahl der abgegebenen Stimmen betrug 2 611 017. Die Wahlbeteiligung lag also um mehr als 80 000 Stimmen geringer als bei der Wahl im letzten Jahre.

**Alarm der Leipziger Feuerwehr für den „Großen Brockhaus“.**

Wie wir erfahren, wird Ende Juli der 6. Band des „Großen Brockhaus“ erscheinen. Das Werk ist nicht nur deshalb bedeutsam, weil es dem Menschen von heute zuverlässig jede gewünschte Auskunft aus Wissen und Leben erteilt, sondern auch weil es durch die starke Illustration ein unerhörtes Bildwerk unserer Zeit ist. Die Beschaffung von Bildvorlagen für den „Großen Brockhaus“ ist besonders schwierig, weil nur solche Bilder gebracht werden, die ein wahrheitsgetreues Abbild der vielfältigen Lebenserscheinungen geben. Oft eignet sich unter 100 Bildern eines Gegenstandes nur eins für die Aufnahme in das Werk. Die Herbeischaffung der Vorlagen ist gleichsam eine aufregende, mühsame Jagd nach dem Leben selbst. Um zum Beispiel die Abbildungen für die Tafeln „Feuerlöschwesen“ zu beschaffen, wurde vor kurzem in Leipzig ein Probenalarm der Feuerwehr abgehalten, um dem Zeichner des Verlags Gelegenheit zu lebenswahren Darstellungen zu geben. Dieser eine Fall zeigt, wie sehr der „Große Brockhaus“ Wert auf enge Verbundenheit mit dem Leben legt. Man darf daher dem neuen Band wieder mit Spannung entgegensehen.

**Verbandsnachrichten.**

**Meldungen zum Fernunterricht.**

**Bewerbungen zum Schulungskursus.**

Für den Fernunterricht haben sich 93 Kolleginnen und Kollegen beworben. Leider können davon nur 10 zugelassen werden. Da wir nicht jedem einzelnen Mitteilung zugehen lassen können, sind nur diejenigen benachrichtigt, die am Fernunterricht teilnehmen.

Die Zahl der Bewerber zum Besuch unserer Verbands-schule war wieder derart groß, daß nur die Hälfte an den Kursen teilnehmen kann. Wer von den Bewerbern keine Nachricht über die Zulassung erhalten hat, konnte nicht berücksichtigt werden. Wir bitten die jetzt nicht berücksichtigten Kolleginnen und Kollegen, sich bei der nächsten Ausschreibung wieder zu bewerben. Der Vorstand.

**Dank.**

Anlässlich meines 25jährigen Dienstjubiläums wurden mir von so vielen Kollegen Glückwünsche und sonstige Ehrungen dargebracht, daß es mir unmöglich ist, jedem einzelnen zu danken.

Deshalb möchte ich auf diesem Wege allen meinen herzlichsten Dank aussprechen! M. Dirschel.

**Mitgliedsbuch gestohlen.**

Dem Kollegen Karl Frevert, geboren am 10. Juli 1908, Verbandsmitglied seit dem 14. Juni 1919, Zahlstelle Dortmund, wurde das Mitgliedsbuch gestohlen. Es trägt die Nr. 643 435 und muß zurückgehalten und an den Hauptvorstand eingeleitet werden, wenn es von Unberechtigten vorgezeigt wird.

**Ausgeschlossen.**

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Wiesbach: Franz Ebermeier, Buch-Nr. 696 501; Georg Scheurer, Buch-Nr. 276 038.

**Bezirksleitung und Zahlstelle Hagen.**

Unser Büro befindet sich jetzt Hagen, Hugo-Preuß-Straße 6. Die Bezirksleitung.

## Chemische Industrie

### Konferenz der Betriebsräte der I.-G. Farbenindustrie.

In dem Konferenzbericht ist ein Sekteiler enthalten, der ein falsches Bild über die Verteilung der Betriebsratsmandate in den I.-G. Betrieben gibt. Die christlichen Organisationen haben in 13 Betrieben nicht 95, sondern nur 35 Mitglieder in den Betriebsräten. Wir bitten unsere Kollegen, diese Richtigstellung zu beachten.

### Hauptversammlung im Wintershall-Konzern.

Der Wintershall-Konzern hat seine diesjährige Hauptversammlung am 28. Juni in Berlin abgehalten und hierbei u. a. eingehende Mitteilungen über die industrielle Entwicklung und die Betriebslage gemacht. Im Vordergrund der Versammlung standen die Ausführungen von Generaldirektor Kofsterg über den Wintershall-Konzern im allgemeinen und die Kaliindustrie im besonderen. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ hebt den gefundenen Optimismus hervor, der aus den Worten von Generaldirektor Kofsterg herausklang. Demnach sind die Werke des Wintershall-Konzerns voll auf der Höhe der Zeit. Im vergangenen Jahre sind die Betriebseinrichtungen erheblich verbessert, und es wurde dafür eine ganze Menge Geld ausgegeben. Kofsterg ist jedoch der Auffassung, daß jetzt für die nächsten zwei bis drei Jahre ein Stillstand eintreten muß und kann, weil die technische Möglichkeit für weitere Verbesserungen jetzt nicht vorliegt und weil zweitens auch die Grenze der Wirtschaftlichkeit erreicht ist. Weitere Ersparnisse sind augenblicklich nicht mehr möglich, weil der Wintershall-Konzern in dieser Hinsicht auf dem niedrigsten Niveau angelangt ist. Es könnten zwar weitere Ersparnisse erwartet werden, dieses ist jedoch nur durch Steigerung der Produktion auf den einzelnen Werken, also durch noch weitere Zusammenlegung der Produktion möglich. Wenn der Wintershall-Konzern nach dieser Richtung hin arbeiten könnte, würden die Gesamtkosten noch ganz erheblich gesenkt werden können. In den reinen Kalibetrieben ist in technischer Hinsicht eine weitere Vervollkommnung nicht mehr möglich.

Zur Stickstoffproduktion des Konzerns führte Generaldirektor Kofsterg aus, daß das erste Betriebsjahr in Raugel gut verlaufen sei. Die Erwartungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Anlagen wurden wesentlich übertroffen. Es war deshalb nicht möglich, die ganze anfallende Menge an Ammoniak ohne weiteres abzusetzen, so daß aus diesem Grunde das finanzielle Ergebnis im ersten Jahre zurückgeblieben ist. Man hat jedoch Vorkehrungen getroffen, die Absatzmöglichkeiten wesentlich zu erhöhen. In Raugel selbst sind weitere Bindungsanlagen hergestellt, und auch Sondershausen hat fortlaufend größere Mengen abgenommen. Die Anlagen in Sondershausen arbeiten in technischer Hinsicht vollkommen einwandfrei. Dies trifft sowohl für die Salpetersäurefabrik wie auch für die Kalinitratfabrik zu. Für das letztere Produkt konnten die Absatzmöglichkeiten innerhalb eines Jahres leider nicht geschaffen werden. Es sind jedoch Vorkehrungen getroffen, daß die Mengen, die produziert werden, auch abgesetzt werden können. Die vorläufige Produktion beträgt täglich nur 60 Tonnen. Darüber hinaus hat man in Sondershausen die Möglichkeit vorgesehen, einen vollendeten Volldünger zu fabrizieren. Die Einrichtungen sind soweit fertiggestellt, daß in nächster Zeit die Produktion aufgenommen werden kann.

Zur Mischdüngerfrage äußerte sich Generaldirektor Kofsterg, daß er es sehr begrüßen würde, wenn mit anderen Produzenten und auch den Verbrauchern eine Verständigung über Produktion und Absatz herbeigeführt werden könnte. Man solle den Mischdünger in einer Form herstellen, die eine Vereinheitlichung der Verhältnisse ermöglichte. Dabei sei es nicht zweckmäßig, daß zu viele Sorten produziert werden. Man solle sich hierbei auf 6 bis 8 Sorten beschränken und darin die Relation von Kali, Phosphorsäure und Stickstoff derartig gestalten, daß jedem Verbraucher das geboten werden kann, was er nach seinen individuellen Wünschen den Bodenverhältnissen und des Saatgutes nach für geeignet erachtet. Von einem Konzern kann dieses schwierige Problem nicht gelöst werden.

In Sachsen-Weimar ist eine kleine Fabrik in Betrieb genommen, in welcher nach einem neuen Verfahren schwefel-saures Kali direkt aus Kalitrohsalzen hergestellt werden soll. Leider sind beim Bau derselben einige Konstruktionsfehler vorgekommen, doch glaubt die Konzernleitung, dieselben innerhalb kurzer Zeit beheben zu können, um die Produktion aufzunehmen.

Zur Bilanz wurde erläutert, daß diese auf beiden Seiten mit 25,5 Millionen Mark mehr abschleife als die vorjährige Bilanz. Wenn die Anlage mit 4 Millionen Mark höher zu Buche stehe, so erkläre sich das daraus, daß die Abschreibungen durch die Zugänge mit dem betreffenden Betrag überstiegen wurden. Unter den um 5 bis 6 Millionen Mark erhöhten Schulden seien auch Forderungen an die Konzernunternehmen, an die Gewerkschaft Wintershall, die Kalibank, die Kalichemie AG., die Gewerkschaft Viktor, Raugel usw. enthalten, ferner Beträge, die für die Kallianleihe bereitgestellt werden mußten. Hinzu kämen noch nicht abgerechnete Steuern und Vorauszahlungen auf Quotenübertragungen. Die Forderung an die Gewerkschaft Wintershall betrug am Schlusse des vergangenen Jahres 42 Millionen Mark, worin aber die bekannten 20 Millionen Mark Vorratsaktien flossen. Durch die an Wintershall fließende Dividende werde sich die Schuld um etwa 12 Millionen Mark, also auf rund 30 Millionen Mark ermäßigen. Unter Berücksichtigung der erwähnten 20 Millionen Mark verbleibe eine Effektivschuld von 9 Millionen Mark. Die Gewerkschaft Wintershall hat dafür 8 1/2 Prozent Zinsen zu zahlen. Zwischen der Gewerk-

vereinbarung getroffen, wonach die Verwertung der 20 Millionen Mark Aktien nicht ohne Genehmigung des Aufsichtsrats der Wintershall AG. erfolgen darf.

Von der Kallianleihe sind bis jetzt 344 700 englische Pfund zurückgezahlt worden. 100 000 Pfund seien weiter bereitgestellt. Unter den Gläubigern seien unter anderem auch Bankschulden, Löhne, Steuerrückstellungen, Sparguthaben, Schulden auf Effektenkonto usw. enthalten. Die Geschäftskosten erscheinen in der Gewinn- und Verlustrechnung gegenüber dem Vorjahre erhöht, seien aber tatsächlich rund 350 000 Mk. niedriger, weil auf dem Konto Steuerbeträge verbucht sind, von denen man ursprünglich annehmen konnte, daß sie nicht bezahlt zu werden brauchen, welche Ansicht sich aber auf Grund der Entscheidung des Finanzamtes als irrig erwiesen hat.

In der Diskussion ging ein Vertreter der Gewerke auf die Darlegungen von Generaldirektor Kofsterg ein. Ihn habe besonders der Stand der Rationalisierung interessiert. Vor weiteren Zusammenlegungen sei dringend zu warnen. Man solle sich in Zukunft nicht so sehr mit der Frage der Produktionssteigerung, sondern mehr mit der Frage der Absatzsteigerung befassen. Wenn es gelinge, den Auslandsmarkt weiter zu erschließen, werde man auch die Kapazität steigern können. Der Gewerkevertreter gab dem Wunsche Ausdruck, daß man angesichts der guten Geschäftsergebnisse die Arbeiter und Angestellten in stärkerem Maße an den Erträgen teilnehmen lassen soll. Doch auch von den Aktionären wurde ein größerer Teil von den Erträgen reklamiert, und zwar forderte Bankier Piepenbrink (Wülfeldorf) eine Erhöhung der Dividende von 12 auf 15 Prozent. Eine Diskussion darüber hat jedoch nicht stattgefunden.

## Die Verkürzung der Arbeitszeit

bei vollem Lohnausgleich ist eins der wirksamsten Mittel, um die immer noch riesige Arbeitslosigkeit zu vermindern. Die Wiedereinstellung eines Arbeitslosen ist schon ein Erfolg in dem Kampfe gegen das furchtbare Schicksal, das heute allen Arbeitern und Arbeiterinnen in den Fabriken droht, das sie heute oder morgen treffen kann, arbeitslos zu werden, keinen Verdienst zu haben, dem Elend preisgegeben zu sein. Wenn drei Millionen keine Arbeit und keine Verdienstmöglichkeit haben, darfst du nicht zehn oder gar zwölf Stunden arbeiten, du mußt daran denken, daß du damit andern Klassen-genossen die Arbeitsmöglichkeit wegnimmst, du mußt solidarisch, gewerkschaftlich, menschlich handeln und

### Aberstunden vermeiden!



Die Geschäftsergebnisse des Wintershall-Konzerns sind nach diesem Bericht als äußerst gut zu betrachten. Dieses wird selbst von den Gewerken und Aktionären zugegeben. Zweifellos hat der Wintershall-Konzern innerhalb der letzten Jahre für Neubauten, Modernisierung seiner Betriebseinrichtungen ganz erhebliche Summen ausgegeben. Von Fachleuten wird dieser Betrag auf etwa 25 Millionen Mark geschätzt. Da diese Arbeiten zum Abschluß gekommen sind und Gelder dafür in diesem Umfange für die nächsten Jahre nicht benötigt werden, dürften bei gleichbleibenden Verhältnissen die Geschäftsaussichten noch günstiger werden. Uns erscheint es selbstverständlich, daß die Arbeiter an diesen günstigen Ergebnissen partizipieren. Die Gelegenheit dazu dürfte sich in allernächster Zeit bieten. Es ist notwendig, daß die am Tarifvertrag beteiligten Arbeitnehmerorganisationen zur Kündigung des Mehrarbeitsabkommens in der Kaliindustrie Stellung nehmen.

## Papier-Industrie

### Der Pefschek-Konzern.

In der mitteleuropäischen Braunkohlenindustrie nimmt das Prager Bankhaus Pefschek u. Ko. eine führende Stellung ein. Wir finden in der deutschen Braunkohlenindustrie die Mitglieder der Firma Pefschek wiederholt in den Aufsichtsräten der einzelnen Gesellschaften. Dazu bemerkt der Jahresbericht des Verbandes der Vereine Kreditreform für 1929/30: „Bei dem Übergang der Aktienmajorität der Ise-Bergbau-AG. in den Besitz des tschechischen Großhändlers Ignaz Pefschek konnte kürzlich daran erinnert werden, daß er und sein Bruder Julius Pefschek in der Braunkohlenindustrie Mitteldeutschlands 37 v. H. der Briquettherstellung im Besitz haben. Im ostböhmisches Braunkohlenrevier liegen sogar 62 v. H. der Briquettherstellung, 41 v. H. der Rohkohlenförderung in der Hand der beiden tschechischen Händler, die, ursprünglich in Böhmen ansässig, durch einen großen Streik um die Jahrhundertwende ihr mitteleuropäisches Absatzgebiet einbüßten. In aller Stille kauften sie dann in Mitteldeutschland eine Majorität nach der anderen auf und sicherten sich die Aktienmajorität in vielen wichtigen Bergwerksbetrieben. Von diesem riesenhaften Besitz brauchen die Pefscheks nach einem 1921 zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei geschlossenen Vertrage in Deutschland noch nicht einmal Steuern zu bezahlen.“

### Der mitteleuropäische Papierkonzern.

Im Jahre 1927 gelang es dem Bankhause Pefschek u. Ko. in Prag, die Aktienmehrheit der Neustädler AG. für Papierfabrikation in Wien zu erwerben. Dieses Unternehmen besitzt aber wiederum die Aktien der Prager Neustädler AG. für Papier-, Zellulose- und Holzstofffabrikation in Prag, ferner die Theresienthaler Papierfabrik vorm. Clissen, Röder u. Ko. AG. und die Papierfabriken Schöglmühl AG. und weiterhin die

Dem Bankhaus Pefschek gelang es ferner, ausschlaggebenden Einfluß auf die „Elbemühl“, Papierfabriken und graphische Industrie AG. in Wien, und auf die Gellert u. Ko., Papierindustrie in Prag sowie auf die Lenzinger Papierfabrik AG. in Wien zu erlangen.

Zusammengefaßt kontrolliert der Pefschek-Konzern die folgenden Firmen:

Firma	Aktienkapital
Neustädler AG., Wien	12 500 000 Schilling
Neustädler AG., Prag	12 000 000 Kronen
Theresienthaler Papierfabrik AG.	4 000 000 Schilling
Papierfabrik Schöglmühl AG.	1 500 000 Schilling
„Reg“, Handels-G. m. b. H., Prag	500 000 Kronen
Fabrica de hartie Petrifalan societate anonime, Bukarest	72 000 000 Lei
Elbemühl-AG., Wien	?
Gellert u. Ko., Prag	?
Lenzinger Papierfabrik AG., Wien	?
Ungarische Handels-AG., Budapest	?
Marmarosch, Blanc u. Ko., Bukare.	?

### Betriebe der Neustädler AG.

Die Neustädler AG. besitzt in Österreich Betriebe in Klein-Neustädler, Franzenthal, W. r. Serberg, Hirschwang, Theresienthal, Kematen, Hofmühle b. Theresienthal, Schöglmühl, Schmitzdorf, Stuppach, Schäft b. Waidhofen, Paperbach, Weissenbach; in der Tschechoslowakei in Rattimau, Josephi-Butte und Pilsen; in Rumänien in Petersdorf, Buba und Weiwerk b. Petersdorf.

### Betriebe der Elbemühl-AG.

Die Elbemühl-AG. hat Fabriken in Wels und Pöchlheim b. Wels.

### Betriebe der Gellert u. Ko. AG.

Diese Gesellschaft besitzt Fabriken in Pilsen und Budweis. Lenzinger Papierfabrik AG.

Die Betriebe dieser Fabrik befinden sich in Lenzing, Pettighofen und Schörfling.

### Betriebsmittel des Pefschek-Konzerns.

Aus der folgenden Zusammenstellung geht die Anzahl der im Pefschek-Konzern vorhandenen Maschinen und Zellstoffkocher hervor:

Firma	Papiermaschinen	Pappenmaschinen	Holzschleifer	Kocher
Neustädler AG.	20	27	22	26
Lenzinger Papierfabrik	6	—	4	6
Elbemühl-AG.	3	—	2	—
Gellert u. Ko.	10	—	—	—
Insgesamt	39	27	28	32

### Produktion des Konzerns.

Nach dem Günter-Stabfchen Adreßbuch beträgt die tägliche Produktion der Neustädler AG. einschließlich der von ihr beherrschten anderen Aktiengesellschaften 17 Waggons Papier, 13 Waggons Zellstoff, 4 Waggons Holzstoff, 0,9 Waggons Pappen, 0,2 Waggons Halbstoff.

Die Elbemühl-AG. erzeugt täglich 23 000 Kilogramm Papier und 10 000 Kilogramm Holzstoff. In der Lenzinger Papierfabrik AG. werden täglich 50 000 Kilogramm Papier produziert. Leider konnten wir die Produktion der Gellert u. Ko. AG. nicht ermitteln.

Der Pefschek-Konzern, dessen Leitung durch die „Reg“, Papier- und Zellulose-Handels-G. m. b. H. in Prag erfolgt, dürfte damit innerhalb weniger Jahre der größte Konzern der Papiererzeugungsindustrie Mitteleuropas geworden sein.

G. Stühler.

### Papierarbeiterkonferenz in Weissenfeld.

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Jahrestelle Merseburg, hatte seine Funktionäre aus den Papierfabriken in Merseburg, Weissenfeld, Tebra und Freyburg zu einer Konferenz nach Weissenfeld zum 22. Juni 1930 zusammengerufen. Die für die Papierarbeiter immer unerträglich werdenden Verhältnisse in den Betrieben und die Neubildung des Gesamt-Arbeitsvertrages gaben die Veranlassung für diese Tagung der Funktionäre. Etwa 50 Delegierte waren anwesend. Der Kollege Fischer (Merseburg) referierte über die wirtschaftliche Lage in der Papierindustrie und über den am 1. Juli in Kraft tretenden neuen Arbeitsvertrag. Die Wirtschaftskrise hat auch die Papierindustrie nicht unberührt gelassen, auch hier sind Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen an der Tagesordnung. Die technischen Einrichtungen sind verbessert, zum Teil vollkommen erneuert, das Arbeitstempo maßlos gesteigert worden. Gestützt auf die gerade in der Papierindustrie besonders gepflegte Werksvereiner- und Rajibewegung setzen die Unternehmer oft brutal ihren Willen durch. Stück um Stück hat man so die Rechte der Papierarbeiter zu schmälern gesucht. Zahlreiche Entlassungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind eine Folge dieser Unternehmerrückwärts. Bei den vorjährigen Verhandlungen über den Gesamt-Arbeitsvertrag war es aber demnach möglich, einige wesentliche Verbesserungen zu schaffen. Der Referent behandelte nunmehr die einzelnen Abänderungen und Bestimmungen des neuen Arbeitsvertrages. Die Kämpfe in Mansfeld, in Nordwest, sind ebenso wie der Kampf um die Erwerbslosenversicherung Sturmsignale für die Arbeiterklasse, und sie zeigen das Streben des Unternehmertums nach Macht und Diktatur, zur Unterdrückung der deutschen Arbeiterklasse, die nach ihrer Meinung immer be-grißlicher wird.

Lebhafter Beifall belohnte den Redner für seine klaren und interessanten Ausführungen. In einer lebhaften Diskussion wurde dann von den Kollegen ein Bild über die Verhältnisse in den Betrieben gegeben. Mehr als tröstlich ist es in den Schneiderschen Matrizenfabriken in Tebra und Freyburg a. U. Die Arbeiterklasse dieser Betriebe war noch bis vor wenigen Wochen vollkommen unorganisiert und ohne jede Führung. In mühevoller Arbeit war es der Organisation möglich, hier Boden zu gewinnen, und wir sind nun jetzt dabei, auch dort endlich für die Arbeiter die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln. Im Freyburger Betrieb haben die Kollegen immer noch nicht den Mut aufgebracht, sich einen Betriebsrat zu wählen. Der Unternehmer war hier krankhafter Herr im Hause und kommandiert auch heute noch die Arbeiter ganz nach seinem Belieben. Die Kollegen sind der Organisation sehr dankbar, daß hier endlich energig eingegriffen wurde. Nicht viel besser sieht es in den anderen Betrieben aus. Überall wird mit der denkbar größten Brutalität gegen die Arbeiter und ihre berechtigten Wünsche vorgegangen. Verkürzte Arbeitszeit für die einen, daneben Überstunden für die andern sind die Regel. Ein unerhörtes Antriebsverbot hofft das Letzte aus den Arbeitern heraus, und man erreicht damit, daß trotz der kurzen Arbeit der Unternehmer nicht zu kurz kommt, weil die Produktion die gleiche bleibt. Etwa 100 Arbeiter wurden in der Papier-

ist trotz der Entlassungen und der verkürzten Arbeitszeit nicht zurückgegangen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen sich besonders in acht nehmen. Die Werksvereine sind die Günstlinge und Lieblinge der Werksleitungen und werden bei jeder Gelegenheit gegen die anderen Arbeiter ausgespielt. Gegenwärtig liegen eine ganze Reihe von Beschwerden unserer Kollegen aus diesem Betrieb vor dem Schiedsgericht. Dort werden wir den Nachweis führen, daß es oft vorkam, daß ein im Fabrikarbeiterverband organisierter Kollege wegen Arbeitsmangels entlassen wurde, und daß anderentags an dessen Arbeitsplatz ein Werksvereiner eingesetzt wurde. In der Dietrichschen Papierfabrik läßt aber auch die Arbeit des Betriebsrats sehr viel zu wünschen übrig. Diese Beispiele, die von den Diskussionsrednern vorgefragt wurden, zeigten, daß man sich auch in der Papierindustrie auf die Ausbeutung der Arbeiter versteht. In seinem Schlusswort konnte der Kollege Fischer absolute Einmütigkeit feststellen in bezug auf den Weg, den der Verband jetzt und der in der nächsten Zeit gegangen werden muß. Nach ein paar kernigen Worten des Unterbezirksführers, Kollegen Kubicki, der die Konferenz leitete, wurde die Tagung geschlossen.

Wenn wir weiter so geschlossen und einmütig zusammenstehen, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben, und die Herren der Papierindustrie werden mit ihren Plänen trotz ihrer Werksvereine an dem Willen der im Fabrikarbeiterverband organisierten Arbeitergruppe scheitern. Argus.

### Nahrungsmittel-Industrie

#### Der technische Fortschritt in der Margarineindustrie.

Die deutsche Margarineindustrie gehört zu jenen Industriezweigen, die ihre Betriebe in den letzten Jahren technisch am meisten umgestellt haben. An die Stelle der Handarbeit ist immer mehr die Maschinenarbeit getreten, so daß man annehmen könnte, allzuviel technische Neuerungen können nun nicht mehr kommen. Die „Margarine-Halbmonatschrift“, Berlin, bringt indes in ihrer Nr. 12 vom 16. Juni 1930 einen Aufsatz von Dr.-Ing. U. Weis-Lyninge, in dem eine neue Emulgiermaschine oder Kirne beschrieben wird. Wir entnehmen dieser Beschreibung folgendes:

Die Maschine besteht aus einem verzinnten Zylinder, in dem eine Schnecke rotiert. Der Metallzylinder ist von einem Mantel umgeben, der zum Zwecke der Temperaturregelung Warm- und Kaltwasserzulauf hat. Zum Einfüllen der Mischung ist ein Fülltrichter aufgebaut. Die Abflusleitung enthält ein Thermometer zur Temperaturkontrolle sowie ein Regalventil zur Regelung des Innendrucks. Die im Innern rotierende Schnecke ist siebartig durchlöchert, so daß die Emulsion bei der schnellen Vorwärtsbewegung auch rückläufig bewegt wird. Über Konstruktion, Kraftbedarf, Leistung usw. wird folgendes gesagt:

„Die Konstruktion muß im Hinblick auf die außergewöhnlichen großen Leistungsfähigkeit als einfach und zweckmäßig bezeichnet werden. Die Aufstellung ist bei dem geringen Gewicht der Maschine leicht und erfordert keinerlei Hilfsmittel. Der Platzbedarf ist gering, ebenso sind Handhabung und Reinigung mühelos zu handhaben. Die Schnecke kann jeweils nach dem Lösen des seitlichen Deckels und der Lagerbolzen mittels eines Gewindes herausgedreht werden, worauf die Auspülung und eventuelle Reinigung der Schneckenflächen vorgenommen werden kann.“

Kraftbedarf: Die Maschine gebraucht bei voller Leistung (stündlich 3500 Kilogramm) je nach der Druckregulierung zwischen 10 und 15 Ampere, also höchstens 4 1/2 PS, während eine mittelgroße Kirne 12 PS gebraucht.

Leistung: Die Kapazität der Maschine betrug je Arbeitsstunde und einer Tourenzahl von 800 je Minute reichlich 3500 Kilogramm. Voraussetzung für diese Leistung ist das Vorhandensein von zwei Temperierkesseln, damit bis zur Entleerung des einen Kessels der andere abfällfertig bereit steht.“

Nach dieser Darstellung soll die neue Maschine gegenüber der heutigen Kirne zwei große Vorteile haben. Sie verbraucht viel weniger Kraft als eine Kirne, und sie ist in ihrer Leistungsfähigkeit größer als die bisherigen Kirnen. Sie soll in einer Stunde 3500 Kilogramm bei den nötigen Voraussetzungen leisten, während eine Kirne nach den weiteren Ausführungen von Dr. W. nicht wesentlich über 1800 Kilogramm in der Stunde kommt. Die Temperatur kann nach den weiteren Beschreibungen bei dieser Maschine sehr genau eingestellt werden, weil sie Kalt- und Warmwasserregulierung hat. Der Wasserverbrauch soll sehr gering sein.

Die Emulsion, die durch diese Maschine erzeugt wird, soll wesentlich besser sein als in den Kirnen, da durch die schneckenartige Verarbeitung die einzelnen Körperchen viel besser zerleinert werden sollen als durch die flügelartige Bearbeitung in der Kirne. Zunächst wird nun die Praxis zeigen müssen, ob diese Maschine wirklich dem entspricht, was hier theoretisch über sie gesagt wird. Aber es wird hier so kommen wie bei allen anderen Maschinen. Wenn die ersten Versuche beim praktischen Gebrauch nicht den Erwartungen entsprechen werden, die man wünscht, dann wird man mit den Verbesserungen einsehen, so daß wir in der Margarineindustrie schon damit rechnen können, daß diese Maschine ihren Einzug hält. Würden nun zwei Kirnen durch eine derartige Maschine ersetzt, dann bederlet das für die Margarinearbeiter eine weitere Technisierung, also Erlass für menschliche Arbeitskraft durch neue Maschinen. Ein Grund mehr dafür, daß die Margarinearbeiter eine weitere Arbeitszeitverkürzung anstreben müssen, um so die Arbeitszeit dem technischen Fortschritt anzupassen.

E. Senkfeil

#### Aus der Margarineindustrie der Vereinigten Staaten von Amerika.

Es ist allgemein bekannt, daß Deutschland in der Weltproduktion von Margarine eine hervorragende Stellung einnimmt. Die deutsche Margarineproduktion betrug im letzten Jahre rund 470 000 Tonnen, dem folgt England mit rund 210 000 Tonnen, Holland mit etwa 160 000 Tonnen und dann kommen erst die Vereinigten Staaten von Amerika mit rund 155 000 Tonnen. Alle anderen Staaten erzeugen weniger Margarine. Deutschland ist nun als Industrieland stark auf die Einfuhr von Fetten angewiesen, da es selbst nicht soviel Fett erzeugt, wie es verbraucht. Hier waren die Vorbedingungen für ein Aufsteigen der Margarineindustrie, namentlich in der Nachkriegszeit, durch den bestehenden Fettmangel in erster Linie gegeben. Anders jedoch liegen die Dinge in den Vereinigten Staaten.

Diese sind dafür bekannt, daß sie trotz der hochentwickeltesten Industrie nicht nur soviel Fettstoffe erzeugen, wie sie selbst verbrauchen, sondern sie führen noch sehr große Fettmengen aus. Sie haben ein sehr gut ausgebautes Molkereiwesen, das

über einen bedeutenden Exportüberschuß verfügt. Diese Molkereien haben, speziell in den letzten Jahren, einen großen Aufschwung zu verzeichnen. Diese milchverarbeitende Industrie umfaßt 2000 Speisefettfabriken, zum Teil sehr großen Umfangs, und 5000 Käsereien. Eine dieser Gesellschaften erzielte im Jahre 1929 einen Umsatz von 85 Millionen Dollar. Es handelt sich also durchaus nicht um Kleinbetriebe. Der größte Milchtrust, der eine Anzahl Firmen in sich vereinigt, hat einen Jahresumsatz von 212 Millionen Dollar und einen Reingewinn von 20 Millionen Dollar. Der zweitgrößte steht ihm mit einem Umsatz von 181 Millionen Dollar wenig nach. Das sind Molkereiunternehmungen und Milchverarbeitungs-gesellschaften, wie wir sie in Deutschland nicht kennen.

Wenn bei diesem stark konzentrierten Molkereigewerbe die Margarineindustrie dennoch hochkommen konnte, so muß dieses auf besondere Umstände zurückzuführen sein. Insbesondere ist hierfür wohl die Tatsache ausschlaggebend, daß Amerika trotz seines großen natürlichen Reichtums eine Anzahl Industriezentren hat, wo ebenso schlimme Armut zu Hause ist wie in anderen Industrieländern. Das Einkommen dieser Proletarierfamilien wird nicht ausreichen, um die gute Butter zu kaufen. Verfolgen wir die Entwicklung der Margarineindustrie der Vereinigten Staaten seit 1917, dann ergibt sich, auf ein bestimmtes Gewichtmaß berechnet, folgendes Bild:

Kalenderjahr	Ruhmargarine	Tierische und pflanzliche Margarine	Gesamtzahl
1917	21 804 207	269 098 725	290 902 932
1918	88 973 966	266 725 549	355 538 515
1919	142 698 848	228 618 539	371 317 387
1920	188 590 000	174 518 000	363 108 000
1921	101 290 842	110 576 181	211 867 023
1922	75 512 000	109 564 000	185 076 000
1923	96 779 155	128 798 601	225 577 756
1924	101 130 426	127 900 649	229 031 075
1925	113 705 634	117 905 702	231 611 336
1926	121 148 679	117 445 160	238 593 839
1927	153 622 976	118 978 872	272 601 848
1928	196 313 190	111 620 494	307 933 684
1929	—	—	353 247 381

Für 1929 liegt nur das Ergebnis der Gesamtproduktion vor. Aus der Tabelle ergibt sich, daß die Ruhmargarine in den letzten Jahren die Hauptproduktion darstellt. Sie wird in erster Linie aus Kokosfett mit Zusatz von einigen anderen Ölen hergestellt. Ein starkes Anschwellen bei der Erzeugung gerade dieser Fettart und ein starker Rückgang bei den übrigen Speisefettarten ist seit 1917 festzustellen. Überwog 1917 die Herstellung der Margarine aus tierischen und pflanzlichen Fetten noch, so übersteigt 1928 die Ruhmargarine die übrigen Fettarten sehr stark. Die Produktion ist also sehr stark auf Kunstspeisefett eingestellt. Nur 5 Prozent der gesamten Produktion hat butterähnlichen Charakter und wäre mit unserer Margarine zu vergleichen. Die gesamte Erzeugung an Ruhsbutter und sonstiger Margarine betrug im Jahre 1929 rund 353 Millionen lbs. Das sind nach unserem Gewichtmaß ungefähr 157 000 Tonnen.

In den Vereinigten Staaten bestehen 71 Margarinefabriken, von diesen stellen 29 nur Ruhmargarine her. Die 71 Betriebe gehören 49 Firmen. Davon sind 37 Fabriken im Besitz von 15 Firmen. Diese 15 Firmen beherrschen mit ihren 37 Betrieben 87 Prozent der gesamten Erzeugung und die übrigen 34 Firmen nur 13 Prozent. Diese Zahlen zeigen, daß auch die amerikanische Margarineproduktion zu 87 Prozent in wenigen Händen zusammengefaßt ist. Das kann bei dem dortigen Vorkommen, alles möglichst stark zu konzentrieren, auch gar nicht anders sein. Es ist aus der „Margarine-Halbmonatschrift“, Berlin, der wir diese Zahlen entnehmen, nicht ersichtlich, ob auch der Proctor-Gamble-Konzern, mit dem die Unilever eine Verschmelzung anstrebt, an dieser Margarineproduktion beteiligt ist.

Der Margarineabsatz wird nun in Amerika noch schlimmer bekämpft als bei uns. Es bestehen dort noch gesetzliche Vorschriften, daß gefärbte Margarine nicht in den Handel gebracht werden darf. Außerdem wird von den Interessenten der Landwirtschaft und des Molkereigewerbes eine starke Gegenagitation gegen den Margarineverbrauch betrieben. Bei dieser Gegenagitation geht es nicht immer ohne Humor ab. Man beschränkt sich nicht darauf, in mehr oder weniger wissenschaftlich begründeten Gutachten die Schädlichkeit der Margarine nachzuweisen, sondern man appelliert an das Gefühl der Farmer. So hat z. B. ein namhafter Vertreter des Molkereigewerbes bei einer Gelegenheit folgenden Anspruch:

„Jeder Farmer, der seinen Rahm zu Geld macht und Margarine zum Vorkaufstrich kauft, müßte sich schämen, seiner Kuh ins Gesicht zu schauen.“

Ob die Färllichkeiten zwischen Farmer und Kuh nun wirklich so weit gehen, daß der Farmer sich schämt, wenn er die Milch seiner Kuh nicht selber trinkt oder die daraus gewachte Butter nicht selber isst, weiß man nicht. In der Regel hört aber die zarte Rücksichtnahme dort auf, wo der Rechenstift Vorteile bietet. Und so kann man es dem Farmer nicht übel nehmen, wenn er seine Vorteile dort sucht, wo sie ihm am meisten geboten werden.

Wenn nun trotzdem die Margarineindustrie einen derartigen Aufschwung nehmen konnte, dann müssen doch zwei Vorbedingungen hierfür vorhanden sein. Entweder eignet sich die in Amerika erzeugte Ruhsbutter oder das Kunstspeisefett für bestimmte Dinge besser als die Butter, dann wird es gekauft und für diese Dinge verbraucht. Eine allzu scharfe Gegenpropaganda kann unter Umständen dazu führen, daß der Absatz gefördert wird, weil das kaufende Publikum erkennt, daß diejenigen, die die Gegenpropaganda treiben, aus eigenem Interesse über das Ziel hinausschießen. Das geht uns in Deutschland zum Teil auch so. Natürlich weiß auch die Speisefettindustrie noch, daß gerade ihr Speisefett für viele Dinge vorteilhafter ist als Butter, vor allen Dingen ist dieses aber eine Preisfrage. Ist Speisefett wesentlich billiger, dann wird es von den ärmeren Schichten der Bevölkerung gekauft, weil die Einkommen zur guten Butter nicht ausreichen wollen. Namentlich dieser Umstand dürfte wohl dazu beigetragen haben, daß die Margarine und das Kunstspeisefett auch in den Vereinigten Staaten in dem geschilderten Umfang ihren Absatz finden.

E. Senkfeil

## Verschiedene Industrien

### Hausgewerbliche Kranken- und Erwerbslosenversicherung.

In Nr. 10/1930 des „Proletarier“ haben wir die Frage: „Versicherungsberechtigung oder Versicherungspflicht in der Hausindustrie“ behandelt. Wir stellten damals fest, daß eine Reihe Krankenkassen in Thüringen die in der Hausindustrie beschäftigten Personen fälschlicherweise als versicherungsberechtigt anstatt als versicherungspflichtig behandeln. Die Auswirkung eines solchen Verhaltens war, daß die in Frage kommenden Hausarbeiter und Hausgewerbetreibenden bei Erwerbslosigkeit von dem Bezug der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen waren.

Wir haben nunmehr durch das Arbeitsgericht Ilmenau feststellen lassen, daß die in der Hausindustrie beschäftigten Personen, insbesondere die in der Glas-Heimindustrie, versicherungspflichtig sind, und daß die Arbeitgeber verpflichtet sind, die Personen, die sie in der Heimindustrie beschäftigten, zur Kranken- und Erwerbslosenversicherung anzumelden.

Der Klage lag folgender Tatbestand zugrunde: Der Kläger hat behauptet, daß ihm dadurch Schaden entstanden sei, daß ihm die Verklagte, für die er als Hausarbeiter vom 31. Juli 1928 bis Dezember 1929 Glasinstrumente hergestellt hatte, nicht zur Kranken- und Erwerbslosenversicherung angemeldet hätte. Dadurch sei ihm ein Schaden von 63 Mk. entstanden.

Der Kläger ist überzeugt, daß die Verklagte ihn zur Kranken- und Erwerbslosenversicherung hätte anmelden müssen. Er folgert seine Auffassung aus der genehmigten Satzung für die hausgewerbliche Krankenversicherung im Bezirk der Kreiskrankenkasse Allgemeine Ortskrankenkasse Gehren i. Thür. Nach § 5 dieser Satzung wäre die Verklagte verpflichtet gewesen, den Kläger binnen drei Tagen nach Beginn seiner hausgewerblichen Tätigkeit bei der zuständigen Nebenstelle der Kasse formularmäßig anzumelden und gemäß § 6 derselben Satzung die Kassenbeiträge zu zahlen.

Wenn die Beklagte also verpflichtet ist, Krankenkassenbeiträge überhaupt zu zahlen, dann ist es auf Grund des AVO selbstverständlich, daß auch Erwerbslosenbeiträge abgeführt werden müssen. Die Verklagte hat in der Verhandlung zugegeben, daß sie den Kläger weder bei der zuständigen Nebenstelle angemeldet, noch Beiträge zur Versicherung für ihn gezahlt hat. Sie hat auch nicht bestritten, daß im ursächlichen Zusammenhang mit dieser Unterlassung dem Kläger ein Schaden von 63 Mk. entstanden ist, den sie ihm zu ersetzen verpflichtet sei, falls sie eben verpflichtet gewesen sein sollte, ihn zu versichern.

Die Verklagte steht auf dem Standpunkt, daß sie zur Anmeldung des Klägers bei der Versicherung nicht verpflichtet gewesen sei, da dieser nicht als Hausgewerbetreibender zu betrachten wäre. Sie ist vielmehr der Meinung, daß er im selbständigen Gewerbebetrieb Einzelaufträge für sie ausgeführt habe. Daß es sich um ein selbständiges Gewerbe des Klägers handelte, folgert die Verklagte aus dem Umstand, daß er Beiträge zur Handwerkskammer gezahlt habe.

Die Verklagte ist mit ihren Argumenten nicht durchgedrungen. Das Arbeitsgericht Ilmenau hat sie in seinem Urteil im Juni d. J. kostenpflichtig verurteilt und das Urteil wie folgt begründet:

„Wenn das auch zutrifft (gemeint ist die Bezahlung von Handwerkskammerbeiträgen. D. Red.), so nötigt es nicht zwingend zu der von der Verklagten gezogenen Schlussfolgerung. Es liegt nahe, daß die Handwerkskammer besteht, den Kreis ihrer Mitglieder möglichst weit zu ziehen und daß sie Hausgewerbetreibende wegen ihrer scheinbaren Selbständigkeit zu den Beiträgen verpflichten. Die Unkenntnis ihrer eigenen Wirtschaftslage und Rechtslage wird in vielen Fällen diejenigen Gewerbetreibenden, die nach der Art ihrer Beschäftigung die irrtümlich vorausgesetzte Selbständigkeit gar nicht besitzen, nicht oder wenigstens nicht rechtzeitig die geeigneten Schritte unternehmen lassen, um sich ihrer gar nicht gegebenen Beitragspflicht zu entziehen.“

Es mag das auch auf einen Irrtum zurückzuführen sein, der durch die Fassung des § 162 der AVO begünstigt wird. Der Gesetzgeber bezeichnet die Hausgewerbetreibenden nämlich als selbständige Gewerbetreibende. Was erklärt sich aber daraus, daß die Hausgewerbetreibenden begrifflich von den Heimarbeitern unterschieden werden sollen. Wenn von Selbständigkeit im Gesetz die Rede ist, so ist dabei aber offenbar nur an die nicht abzustreitende persönliche Selbständigkeit des Hausgewerbetreibenden gedacht, nicht an die wirtschaftliche. Ob und inwieweit diese gegeben ist, läßt sich nur an der Hand des Einzelfalls unter Berücksichtigung aller Umstände erkennen.

Nach der negativen Seite ist zu prüfen, ob ein Gewerbetreibender die Eigenschaften des Unternehmers, also des Unternehmers mit eigenem Betriebsrisiko, nicht hat. Hat er sie, dann ist er nicht nur persönlich, sondern auch wirtschaftlich selbständig; denn dann liegt es ihm ob, für selbständigen Absatz seiner Fabrikate zu sorgen.

Nach dem insoweit übereinstimmenden Vortrag der Streitbeteiligten ist das bei dem Kläger aber nicht der Fall. Er hat vielmehr sein Arbeitsprodukt zur Verfügung der Verklagten gestellt, die es erst in den Verkehr gebracht hat. Er hat also im Auftrage der Verklagten allein oder auch mit beschränkten fremden Hilfskräften in seiner Wohnung oder sonstigen Räumen sich mit der Herstellung von Glasgeräten beschäftigt lassen. Ein solcher Betrieb ist nicht wirtschaftlich selbständig, sondern nur Glied eines fremden Betriebes, nämlich des der Verklagten.

Der Kläger ist mithin ein Hausgewerbetreibender im Sinne des § 162 der AVO. Er stellt in eigener Betriebsstätte im Auftrag und für Rechnung eines anderen Gewerbetreibenden, nämlich der Verklagten, gewerbliche Erzeugnisse her oder er bearbeitet sie. Bei dieser Wirtschaftslage hat er selbst dann als Hausgewerbetreibender zu gelten, wenn er die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschafft sowie für die Zeit, in der er vorübergehend für eigene Rechnung arbeitet. Die Verklagte hat als seine Arbeitgeberin zu gelten, weil sie die Arbeit unmittelbar an ihn vergibt und in ihrem Auftrag und für ihre Rechnung ihn hausgewerblich arbeiten läßt.

Alle die im § 162 der AVO festgelegten Wirtschaftsbegriffsmerkmale kehren in § 1 der Satzung für die hausgewerbliche Krankenversicherung im Bezirk der Kreiskrankenkasse, Allgemeine Ortskrankenkasse Gehren i. Thür., wieder. Für die derartige gekennzeichneten Hausgewerbetreibenden besteht aber nach § 5 der Satzung die Versicherungspflicht ihrer Arbeitgeber. Mithin hat sie auch für die Verklagte bestanden. Gemäß § 6 folgt aus der Versicherungs- und Beitragspflicht. Deren generelle Regelung läßt keinen Zweifel daran, daß es sich nicht nur um Versicherungspflicht handelt, die sich auf die Krankenkasse beschränkt, sondern daß sie sich gemäß der eingetretenen Erweiterung der Sozialversicherung auch auf die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge erstreckt.

Da die Verklagte selbst zugegeben hat, daß dem Kläger durch die unterbliebene Anmeldung und die unterlassene Zahlung von Beiträgen ein Schaden von 68 Mk. entstanden ist, so hat sie ihm diesen, weil er eben verkehrungspflichtig gewesen ist, zu ersetzen. Als im Rechtsstreit Unterlegene hat die Verklagte die nach dem festgestellten Streitwert errechneten Kosten zu tragen. Wegen der unerkennbaren grundsätzlichen Bedeutung des Urteils ist es für berufungsfähig erklärt worden. Renger."

In der hier wiedergegebenen Urteilsbegründung begegnen wir wieder den Verbündeten der Unternehmer, mit welchen sie argumentieren, um sich von der Pflicht der Beiträge zur Sozialversicherung drücken zu können. Es sind dieses im behandelten Fall die „Handwerkshammern“ und die erdichtete „Selbständigkeit“ der in der Hausindustrie beschäftigten Personen.

Das Urteil des Arbeitsgerichts Jümenau räumt mit der Unternehmerauffassung gründlich auf und stellt das verlebte Recht wieder her. Die in der Hausindustrie beschäftigten Personen sind also nicht versicherungsberechtigt, sondern versicherungspflichtig. Die Unternehmer, welche Hausarbeiter oder Hausgewerbetreibende beschäftigen, haben für diese nunmehr die Anmeldung zur Krankenversicherung zu vollziehen. Das gilt insbesondere für die Kassenbezirke des Thüringer Landkreises Arnstadt. In den übrigen Heimarbeitersgebieten, die von uns vertreten werden, besteht über die Versicherungspflicht kein Streit. S. Elflein.

**Federnindustrie und -handel in Rußland.**

Neben China und Ungarn ist Rußland das leistungsfähigste Einfuhrland von Rohfedern nach Deutschland. Die deutsche Befederindustrie hat 1928 aus Rußland 6958 dz und 1929 9682 dz Rohfedern eingeführt. Neben der Beschaffung von Rohfedern für außerhalb Rußlands liegende Befederfabriken sind auch in Rußland Fabriken, in denen Federn und Daunen bearbeitet werden, festgestellt. Ein Bericht in der Halbmonatsschrift der Handelsvertretung der UdSSR. in Deutschland im Februarheft 1930 stellt fest, daß sich solche Fabriken in Swerdlowsk, Schtschadrinsk, Odessa, Moskau, Espowo, Leningrad und Saraisk befinden. Neben Fabriken befinden sich in vielen Städten, in denen das Sammeln des Materials konzentriert ist, Werkstätten, in denen das Material einer ersten Bearbeitung unterzogen wird.

Über die Ausfuhr von Federn und Daunen sagt die benannte Halbmonatsschrift u. a. folgendes:

„Auf dem deutschen Markt, der als Abnehmer auf dem Weltmarkt für Federn und Daunen eine überragende Rolle einnimmt, findet wie auch in anderen Ländern die aus der Sowjetunion gelieferte Ware trotz starker Konkurrenz anderer Länder beste Aufnahme. Die Ausfuhr erreichte 1929/30 wertmäßig 3 289 000 Rubel gegenüber 2 275 000 Rubel 1927/28.“

Zum Export gelangen Federn und Daunen von Gänsen, Enten und Hühnern aller Farben und Sorten.

Die Hühnerfedern kommen größtenteils aus der Ukraine oder aus Zentral-Rußland.

Die besten allgemein bekannten Gänsefedern und -daunen stammen größtenteils aus Sibirien.“

Über die Entwicklung der Federnbearbeitung wird in derselben Schrift folgendes gesagt:

„Die Sortierung und Bearbeitung der Federn erfolgte früher hauptsächlich durch Heimarbeit, die sich in der Sammlung und Bearbeitung der Federn und Daunen für den Export eine reiche Erfahrung erworben hatten. Jetzt stehen die Exportorganisationen vor der Aufgabe, allmählich zur fabrikmäßigen Bearbeitung der Daunen und Federn überzugehen, wobei sie sich der von den Heimarbeitern gewonnenen Erfahrung bedienen.“

Die Sammlung, der Export der Federn und Daunen wird sowohl von staatlichen Handelsstellen wie auch von genossenschaftlichen Organisationen und gemischten Gesellschaften betrieben. Die Exporteure von Federn und Daunen unterscheiden fünf Federsorten: Gänsefedern, Gänsehalbdauen, Gänsefedern, Entendaunen und Entensfedern, außerdem haben die sibirischen Federn eine besondere Bezeichnung.

Über Einrichtung der Betriebe in produktions-technischer Beziehung und über die sanitären Einrichtungen der Betriebe ist im Bericht nichts gesagt, ebenfalls nicht über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der in der Federnbranche beschäftigten Personen. S. Elflein.

**Frauenfragen.**

**Frauenwoche auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung.**

Die zweite Juniwoche stand für Dresden im Zeichen der Frau. Die verschiedensten Organisationen hatten zu einer Frauenwoche eingeladen, in deren Rahmen alle Fragen der körperlichen und seelischen Hygiene der Frau behandelt wurden. Unter den Veranstaltern stand auch der UGB, Bezirksausschuß Sachsen. Neben ihm eine Anzahl kleinerer bürgerlicher Vereine sowie christlicher Gewerkschaften, deren Bedeutung natürlich weit hinter dem UGB zurückbleibt, zumal gerade in Sachsen, dem Lande der Frauenerwerbsarbeit, die freien Gewerkschaften außerordentlich viel weibliche Mitglieder haben. (In Anbetracht dieses Umstandes ist es sehr verwunderlich, daß soviel „bürgerliche“ Vorträge gehalten werden konnten, der Einfluß der freien Gewerkschaften auf die Organisation dieser Frauenwoche so gering war und die Beschickung durch die freien Gewerkschaften so viel zu wünschen übrig ließ. D. Red.)

In der Frauenwoche wurde eine Anzahl von Vorträgen gehalten, von denen als für die arbeitende Frau wertvoll nur einige wenige bezeichnet werden können. Sehr viele der Vortragenden verstanden es nicht, sich in die Denkart der proletarischen Frau hineinzuversetzen, und so blieben ihre Referate oft unfruchtbar. Am so stärker hoben sich von manchen Salbadereien ab die wenigen Vorträge, die von Frauen gehalten wurden, die der Gewerkschaftsbewegung nahesteht oder aus ihr hervorgegangen sind. Da ist an erster Stelle zu nennen das ausgezeichnete Referat von Klara Bohm-Schuch, M. d. R., über „Die Hygiene der proletarischen Familie“. Hier merkte man, daß eine Frau sprach, die die Not des Proletariats aus eigener Anschauung kennt. Ausgehend von dem brennendsten Problem unserer Lage — der Wohnungsnot —, das sie mit Zahlen belegte, die die Zuhörer erschauern machten, kam die Rednerin zu dem Ergebnis, daß selbst die Belebung des Baumarktes nur dann das Wohnungsleiden des Proletariats beheben kann, wenn die Löhne — nicht zuletzt

würden, denn schon jetzt ständen viele Neubauwohnungen leer, weil Arbeitermieter den viel zu hohen Zins nicht erschwingen können. Man läge aber die Dinge so: die Menschen, die die schlechtesten Wohnungen hätten, würden auch am schlechtesten entlohnt. Die schlechteste Bezahlung erfolge aber für den ungelerten Arbeiter, der zumeist auch die schmutzigste Arbeit zu verrichten habe. In den Wohnungen aber, in denen jetzt noch die meisten Arbeiter zu hausen gezwungen seien, die meist überbelegt sind, sei an Hygiene kaum zu denken, zumal die Frauen nur zu oft noch von einer falschen Scham beherrscht würden. So beschränkt aber die Wohnverhältnisse auch sind, die Rednerin wies den arbeitenden Menschen den Ausweg: Streift die falsche Scham ab! Säuberung ist notwendig! Darum her mit der Holzwanne und den Körper abgeleift — ganz gleich, ob Männer dabel sind oder nicht! Besonders warm seht sich Frau Bohm-Schuch ein für die Freikörperkultur. Sie zeige den Ausweg aus der Not, sie lehre den Körper achten und führe durch äußere Reinheit auch zur inneren Reine. Den Körper achten, helfe den Menschen achten. Heute aber wird die Maschine höher gewertet als der Mensch, obwohl die Maschine um des Menschen willen da sei und nicht umgekehrt. In Anbetracht dieser Verhältnisse wandte sich die Rednerin mit aller Entschiedenheit gegen die Angriffe auf die Einrichtungen der sozialen Fürsorge; sie forderte gerade in dieser Krisenzeit ihren weiteren Ausbau.

Über „Kultur und Hygiene des städtischen Haushaltes“ sprach Charlotte Mühlam-Werther, M. d. R. W. R. Ihr Vortrag war an sich interessant, aber allzusehr berechnet für die wirtschaftlich gut gestellte Frau, der die Mittel zur Verfügung stehen, ihren Haushalt kulturell und hygienisch auf der Höhe zu halten.

**So sind sie!**

Nicht einen Hauch vergeuden sie, nicht einen, nein, alles wird gleich für den Markt geboren, kein Herzensschlag geht ohne Zins verloren, die Herren machen Brot aus ihren Steinen.

Georg Herwegh.

Viel wertvoller war das Referat von Medizinalrat Prof. Dr. Strauß (Berlin) über „Die Grundlagen der Ernährung“. Hier war vor allem von Wert, einmal von sachverständiger Seite zu hören, daß für den Menschen immer noch gemischte Kost das Beste ist. Vegetarismus in der milden Form gebe allerdings dem Körper die notwendigen Stoffe, aber radikaler Vegetarismus (keine Eier, keine Milch) sei abzulehnen, ebenso wie „Kohlkost“, die allzu schwere Verdauungsarbeit erfordere und vor allem sehr teuer sei. Gekochte Speisen sind nahrhafter, bekömmlicher und schmackhafter. Überhaupt komme es sehr viel auf die Schmackhaftigkeit an. Wie denn überhaupt Genußwerte kein Luxus seien, sondern notwendig, damit man mit Lust esse. Für den großstädtischen Arbeiter hält Prof. Strauß größere Fleisch- und Kaffeemengen nötig als für den Arbeiter auf dem Lande, was mit dem größeren Arbeitstempo zusammenhänge, das seinerseits wieder erhöhte Anforderungen an die Nervenkräfte stellt.

Über den Vortrag der Ärztin (!) Dr. med. Frelin v. Watter, M. d. L., lassen uns ebenso schweigen wie über den der Frau Katharina Müller; beide Damen hatten den Lesern dieses Blattes nichts zu sagen.

Ganz objektiv und darum um so erschütternder in seiner Wirkung war der Vortrag von Frau Gewerberat Dr. med. Elisabeth Krüger (Dresden) über „Gesundheitsschutz der arbeitenden Frau“. Frau Dr. Krüger ist den sächsischen Arbeiterinnen vor allem, aber auch über Sachsens Grenzen hinaus, nicht unbekannt. Sie hat ein warmes Herz für die Not der erwerbstätigen Frau und seht sich immer sehr entschieden ein für die erwerbstätigen Schwangeren und Mütter. Einige besonders markante Stellen seien erwähnt: Fabrikarbeit gefährdet die Frau stärker als den Mann, weil sie körperlich schwächer, weniger widerstandsfähig und körperlich und seelisch auf die Mutterschaft eingestellt ist. Es ist nicht wahr, daß Frauenarbeit nur wegen größerer Geschicklichkeit bevorzugt werde, vielmehr spielen die niedrigeren Löhne die Hauptrolle. Wichtig ist auch nicht, daß die Frauen nur „leichte Arbeit“ verrichten; oft genug sei die Arbeit viel zu schwer. Die größten Schädigungen rufe einseitige Anstrengung und Haltung hervor. Das Schlimmste sei aber das überheßte Arbeitstempo. Dazu kommen die Schädigungen durch den Arbeitslärm, die Länge der Arbeitszeit, den weiten Weg zur Arbeitsstätte und die Last der Hausarbeit. Für die schwangere Arbeiterin wirke sich all das doppelt schlimm aus, zumal die geschlichen Schutzmaßnahmen infolge der wirtschaftlichen Notlage bei den meisten arbeitenden Frauen doch nicht praktisch wirksam würden. Die Rednerin forderte daher, um wenigstens die unter den gegebenen Verhältnissen höchstmögliche Besserung zu erzielen, vorbeugende Maßnahmen gegen die Schädigungen, richtige Ausnutzung der Freizeit, Einbeziehung der Jugend in den Gesundheitsschutz und Schaffung von Kinderhorten, Ledigenheimen usw.

Als Ursache der Frauenarbeit bezeichnete auch Gertrud Hanna, M. d. L., in ihrem Referat „Doppelberuf und hygienische Lebensgestaltung“ die niedrigeren Löhne. Falsch wäre es freilich, wollte man durch Gesetz die Frauenarbeit befehlen; denn dadurch käme es lediglich zu einem neuen Anfrüh in der Heimarbeit, die den Lohndruck nur verschärfe. Vielmehr müsse man die Männerlöhne so erhöhen, daß die Frauen — zumindest die verheirateten — nicht mehr ums tägliche Brot zu arbeiten brauchen. Um aber der ärgsten Not abzuhelfen, sollte man den erwerbstätigen Müttern das Leben wenigstens weitgehend erleichtern durch Einrichtung von Kindergärten, Schaffung besserer Wohnungen u. a. m. Die Frauen selbst könnten freilich in mancherlei Hinsicht sich

arbeit zu verrichten suchen unter möglichster Schonung der Körperkraft.

Das Ergebnis der Frauenwoche war mit Ausnahme der hier geschilderten Vorträge recht mager. Dennoch steht zu hoffen, daß sie wenigstens mancher Teilnehmerin die Augen geöffnet haben über die wirkliche Lage des Proletariats. Und das allein ist schon etwas Wert.

Erwin Pehall (Dresden).

**Frauenwoche Dresden 1930.**

Als Ergänzung zu dem obenstehenden Bericht bringen wir hier einige Zellen, die uns eine Kollegin schreibt, die einige der Vorträge hörte, die von den Vertreterinnen des Bürgertums gehalten wurden. Die Zusage gibt recht anschaulich die Stimmung wieder, von der die Frauen der Arbeiterklasse bei diesen bürgerlichen Vorträgen erfaßt wurden:

„Ja, was war eigentlich damit gemeint? Wir gingen hin, vier Kolleginnen vom Fabrikarbeiterverband, in der Hoffnung, ganz bestimmt etwas mit nach Hause nehmen und unser Wissen etwas erweitern zu können. Aber nichts von alledem. Wir mußten leider feststellen, daß die bürgerliche Klasse überwiegend vertreten war, und zwar unter den Hörerinnen noch weit mehr als unter den Vortragenden. Es wurde so sehr wenig Wert gelegt auf das soziale Problem. Man war sehr vorsichtig und hästete sich, nur davon anzufangen. Und gerade die Arbeiterklasse muß doch verlangen, daß auf dem Gebiete der allgemeinen wie speziellen Gesundheitspflege alles getan wird, um das Los der arbeitenden Klasse zu erleichtern. Von besonderen Arbeiterinteressen war herzlich wenig die Rede.“

Um so eingehender wurden die Interessen der bürgerlichen Klasse behandelt. Wie wenig kann sich eine sogenannte „bessere Dame der Gesellschaft“ in das Milieu einer Arbeiterfamilie hineinbegeben! Sie kann leicht vorrechnen, mit den und den Pfennigen hat ihr auszukommen, hat ihr euern Lebensunterhalt zu bestreiten. Es erwies sich hier wie überall, daß Theorie und Praxis ganz verschiedene Dinge sind. Den „Damen“, welche dauernd von sozialer Not sprachen, sah man es an, daß das für sie nur ein theoretischer Begriff war, den sie praktisch, also am eigenen Leibe, nie erfahren hatten.

Eine große Rolle spielte auch bei diesen Veranstaltungen die versteckte und offene Propaganda für Religion und Kirche. Man erwartete manchmal unwillkürlich die tatsächliche Aufforderung, zurückzukehren in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche.

Von hygienischer Lebensgestaltung, Hygiene in der Arbeit, in der Familie, Hygiene überall wurde viel gesprochen. Ja, Hygiene ist unbedingt notwendig, das empfinden auch wir sehr dringend, aber leider können wir als Arbeiterfrauen am allerwenigsten von diesen Einrichtungen Gebrauch machen, denn dazu fehlt uns Geld und Zeit.

Hygienische Lebenshaltung kostet Geld und abermals Geld und erfordert auch viel freie Zeit, jedenfalls viel mehr, als wir heute haben. Wie gern würden viele unserer Klassen-genossen ein Bad ihr eigen nennen, wie gern eine freundliche, luftige Wohnung beziehen, wenn die dafür verlangte Miete aufgebracht werden könnte. Was heißt Gesundheitspflege, wenn alles nur Theorie bleibt. Ist es doch erwiesen, daß eine reinliche und verständige Behandlung des Körpers, eine freundliche Umgebung stark auf Geist und Seele des Menschen einwirken. Heute wird eben die Maschine mehr gewertet als der Mensch, und alles bleibt vorläufig Zukunftsmusik.

Wie sieht es denn mit dem Gesundheitsschutz der Frau in vielen Betrieben aus? Frauenerwerbsarbeit ist aber nicht aus der Welt zu schaffen, sie ist zur Notwendigkeit geworden, einmal aus der wirtschaftlichen Not heraus, zum anderen bedingt durch den Frauenüberschuß. Die Frau wird schon durch die Verrichtung der häuslichen Arbeit nach der Fabrikarbeit viel stärker mit Arbeit belastet als der Mann. Hinzu kommt noch die besondere Gefährdung der Frau durch die Mutterschaft. Die in Frage kommenden geschlichen Schutzbestimmungen für die Frauen werden oft durch die wirtschaftlichen Verhältnisse illusorisch gemacht. Aber mit bloßen Redensarten und bloßem Bedauern schafft man diese Zustände nicht aus der Welt, auch nicht dadurch, daß man die Frauen durch Gesetz aus dem Erwerbsleben hinausdrängt und ans Haus bindet, wie es manche „besser gestellten Frauen“ möchten.

Solche Veranstaltungen wie die Frauenwoche müssen stärker besucht werden, und vor allem müssen wir geeignete Vertreterinnen zu solchen Tagungen und Veranstaltungen entsenden, die in wirkungsvoller, agitatorischer Weise Widersprüche und Mängel aufdecken und sich in den anschließenden Diskussionen entsprechend unserer Stärke behaupten, denn gerade auf dem Gebiete der Hygiene ist für die gesamte Arbeiterklasse noch ungeheuer viel zu leisten.

Emma Strauß (Dresden).

**Literarisches.**

Die Frauenarbeit in der Metallindustrie. Das ist der Titel eines sehr anschaulichen Buches, welches jedem in der Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes fertiggestellt wurde und zum Preise von 2,50 Mk. (gebunden 3,20 Mk.) zu haben ist. 208 Seiten stark und reich illustriert fällt das Buch nicht nur eine langst gestaltete Laie an, sondern ist auch für jeden Arbeiter des Metallgewerbes hinaus bedeutungsvoll und für jeden Gewerkschafter, dem die Bedeutung der Frauenarbeit klar geworden ist, über die Frau als Mitberliner und über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit wie auch über den Arbeiterinnenlohn und die Aufgaben der Arbeiterin im Betriebesrat ist viel Wertvolles gesagt. Die Resultate der statistischen Erhebungen lassen für die Entlohnung und das Organisationsverhältnis auch bemerkenswerte Vergleiche nach Industriegruppen und gewerkschaftlichem Kreislauf zu. Das Verhältnis von Fließ- und Handarbeit in den einzelnen Industriegruppen sowie die beherrschende Kontrolle wird aufgezeigt, soweit es zur Veranschaulichung nötig erschien. Unter der Mitarbeit von Frieda Glöckler, Judith Gränsfeld, Gertrud Hanna, Toni Genser und Suzanne Eyrich hat hier der Metallarbeiterverband ein Buch herausgebracht, das auch von anderen Verbänden begrüßt werden muß und einen Ansporn zur Bekämpfung in den eigenen Reihen bietet. Im Vorwort wie im Schlußwort, besonders aber im Buche selbst sind Anregungen und für Gewerkschafter geeignete, denen die Begeisterung für gewerkschaftliche Frauenarbeit nicht von selbst gegeben ist.

Pietro Renzi: „Lobekampf der Freiheit“. 188 Seiten, 2,75 Mk. Verlag J. S. W. Dietz Nachf., G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Ein vorzüglicher Kenner italienischer Verhältnisse schreibt uns: Im „Lobekampf der Freiheit“ schildert Pietro Renzi, der letzte Chefredaktor des „Avanti“, sieben Jahre schicksaliger Verfolgungen, die er zum Teil selbst erlebt hat. Die Ermordung Riccinis, Matteottis und Amendolas treten in ihrer feigen Grausamkeit vor die Augen des Lesers. Renzi gibt lebensvolle plastische Bilder. Er hat Russellius lobpreisend genannt, war mit ihm im Gefängnis, hat gemeinsam mit ihm in der Redaktion des „Avanti“ gewirkt und hat noch kurz vor dem March auf Rom mit dem Renziguaten eine Zusammenkunft gehabt, die er wiederzuleben wünscht. Wenn die Philosophie des Diktators interessiert, der wohl viel Interessantes in dem Buch finden. Auch kritische Einwände gegen die Politik der sozialistischen Parteien fehlen nicht. Renzi bietet ein lebendiges Bild des Lebens, die er als Handwerker und Lehrender mit-

# Unterhaltung, Wissen und Bildung

## Jagd auf Rotwild an der Haffküste.

Von August Meier.

In den Jahren 1910 und 1911 war es dem Kollegen Max Wollermann gelungen, an der Haffküste mit unserer Organisation vorzudringen. Allerdings freuten sich die Gastwirte, wenn die Arbeiter in den Lokalen ihre Groschen verzeigten, aber zu Versammlungen wurden den Arbeitern sämtliche Lokale verweigert. Max Wollermann mußte aber Rat, und weil das so herrlich dastehende Haffschloßchen in Succage gerade im Rohbau stand und nicht weitergebaut werden konnte (der Besitzer dieses Unternehmens war ein Ziegeleibehrer und wegen Brandstiftung verhaftet), wurde dieser Bau einfach als Versammlungsraum gemietet.

Die Arbeitgeber mußten nun zusehen, wie der Verband immer mehr an Boden gewann, und die Spießbürger getreten in heillosen Schrecken, wenn die Arbeiter am Schluß der Versammlung ihre Kampflieder anstimmten.

Über diese Herrlichkeit danerte nicht lange, denn der Versammlungsraum wurde der Arbeiterschaft wieder entzogen und der Verband war wieder obdachlos.

Im Frühjahr 1911 wurde eine Lohnbewegung eingeleitet, und in zwei Betrieben kam es zum Streik. Den beiden Gendarmen schienen ihr Käsemesser sowie der umgeschaltete Revolver nicht mehr zu genügen, um den Staat oder richtiger den Gelböbel der Unternehmer retten zu können, denn sie liefen die ganze Zeit über mit ihren Karabinern herum, und der Ziegeleibehrer Dr. Schäfer (Reimannsfelde) war nicht mehr ohne Jagdgewehr zu sehen. Diese Herrschaften waren es ja auch gewöhnt, die Arbeiterschaft als Feind zu betrachten.

Die Arbeiter ließen sich aber durch die Flinten nicht einschüchtern, und da ein Versammlungsraum nicht zur Verfügung stand, wurden die notwendigen Zusammenkünfte in den Wäldern an der Haffküste abgehalten. Im Schweiße ihres Angesichts rannten nun die drei Bewaffneten in den Schluchten umher, um die so staatsgefährlichen Versammlungen zu verhindern. Doch in der Regel kamen sie zu spät und hörten dann nur noch, daß ein Hoch auf den Verband und vielleicht auch einmal auf die füttsorgende Polizei ausgebracht wurde. Dann gingen die Kollegen lachend auseinander und suchten eine andere Schlucht auf.

Da aber die Frauen in diesen Betrieben dem Kampf weniger Verständnis entgegenbrachten, hatte er nicht den gewünschten Erfolg, und so mußte mancher gemäßigtere Kollege seine Heimat verlassen, um in Mitteldeutschland oder im Ausland sein Brot zu verdienen. Doch eine Anzahl Kollegen bewahrte auch nach diesem Kampfe der Organisation die Treue.

Nach dem Kriege wurde die Organisation wieder frisch aufgebaut, und die Ziegeleiarbeiter haben wiederholt bewiesen, daß sie zu kämpfen versteht. Sie bildet bei den Wahlen eine sichere Truppe, mit der die politische Interessensvertretung der Arbeiterschaft, die SPD, rechnen kann. Sie ist eingebunden in die Gemeindeparlamente und in das Kreisparlament. Sie bildet heute die bestorganisierte Gruppe der Fabrikarbeiter Ostpreußens.

## Eine mustergültige Filmvorführung.

Von Adalbert Meier.

Als ich das letztemal in K. war, da sagte unser Vorstand Ludwig: „Also weißt du, lieber Freund, unser Verbandsfilm muß bei uns unbedingt vorgeführt werden.“ Auf meine Frage, ob denn ein Kino am Orte vorhanden sei, erhielt ich eine verneinende Antwort. „Aber“, sagte mein Freund Ludwig, „der Keim's Karl aus Nürnberg hat für die Partei auch schon einen Film vorgeführt, und was der kann, das mußt du auch können.“ Ich versuchte meinem Freund klarzumachen, daß das nicht unter allen Umständen richtig ist, und daß es wohl alles nichts. „Dann mußt du dich eben mit Keim's Karl ins Benehmen setzen, daß er uns Auto und Apparat zur Verfügung stellt, du lieferst den Film, dann wird es schon gehen.“

Also habe ich mich „ins Benehmen“ gesetzt. Und es ging, sogar ganz gut. Wir haben die Filmvorführung nämlich mit der Majestäter verbunden, für die der Genosse Keim Referent war.

So fahren wir also zusammen nach K. Als wir uns bei einem Eingeborenen erkundigten, wo denn die Majestäterwohnung sein sollte, wurden wir zu einem anderen Dorf verwiesen. Im anderen Dorf fanden wir recht leicht das Gasthaus „Zum Hirschen“ und besichtigten dort unseren Saal. Der sah allerdings zünftig aus. Da war am Abend vorher ein Laufpergessen gewesen, dessen Spuren noch völlig unverwischt vorhanden waren. Auch hat er eine für Filmvorführungen durchaus passende Form, er bestand nämlich aus drei Teilen, die rechtwinklig aneinandergebaut waren.

Bei Mittag schon vorbei war, demühten wir uns zunächst um die Brandbarmachung des Saales. Dann wollten wir unsere Apparatur aufstellen und ausprobieren. Aber o weh! In unserem Versammlungsort war Bezirksfeuerwehrübung und deshalb war der Sturz durch das Kraftwerk abgeblasen, damit bei dieser Übung kein Unglück geschehen konnte. Wir waren also stromlos.

Nach 2 Uhr aber kamen unsere Freunde und Freundinnen mit Musik und Horn von K. angezogen, noch verstärkt durch drei Lauffahrer, die uns eine kleine Parade schenken wollten. Dabei stellte sich heraus, daß der Saal in allen seinen Teilen zwar Platz genug für die Ankommenden bot, daß aber Tische und Stühle kaum für die Hälfte vorhanden waren. Die fehlenden Einlegegegenstände wurden durch Bretter und ähnliche Schönheiten ersetzt.

Nachdem sich der Keim's Karl gründlich ausgekostet hatte, hielt er eine wirklich großartige Rede. Die Wirkung derselben wurde wesentlich gehoben durch einen Parademarsch, den die Bezirksfeuerwehr vor den Fenstern des Saales während dieser Rede abnahm. Dazu spielte eine Musik, die Steine erreichen konnte. Außerdem wurde die Parade einträchtig begleitet vom Klappern der Bierflaschen und dem Säuseln des Jappens, der eifrig beschäftigt war diese „saure“ Begleitmusik zu so vernünftiger, als alle Verbindungsarten ausgehängt waren. Aber schon war die Rede doch!

Bei aber auch die schöne Parade einmal ein Ende nimmt, waren wir auf einen freien Platz gekommen. Hier redete ich zur Erläuterung des 3. auch noch eine halbe Stunde — aber der Sturz war dann... oh nicht da.

Die nun folgende Kampfszene wurde benutzt zur Veranschaulichung des Saales. Dieser hatte leider eine ganze Anzahl recht hoher Fenster, durch die die strahlende Hitze in heftigen Licht hereinstrahlte. Und hatten wir alles, was zur Abkühlung notwendig war, nur keine Decken. Es wurden also alle im Hause vorhandenen Decken, ja selbst der Pferdefall ausgehängt, um die sonst so heftig beglückte Szene aus dem Saale fernzuhalten. Dies gelang schließlich auch ganz gut, sie konnte nur noch durch die vorhandenen Tische und Stühle recht kümmerlich abgedeckt werden.

Inzwischen war nun auch der Sturz wieder „eingetroffen“. Weil aber die Zeit schon zu weit vorgeschritten war, mußten unsere Gäste aus der anderen Hälfte mit ihren drei Lauffahrern wieder abfahren. Nachdem auch dieses überstanden war, wurde aber kräftig gefeiert. Aber gute Augen und einige Phantasie hatte, konnte ganz gut bemerken, daß auf der weißen Leinwand etwas herumdübel, das wie ein Saal anseh.

Der 1. Akt war glücklich überstanden. Beim 2. Akt gab's Schwierigkeiten, da war nämlich die Filmbühne zu groß, so daß sie nicht in den Vorführapparat zu bringen war. Nachdem unser Freund Keim eine gute halbe Stunde lang unter ständiger Bemühung die Rolle in dem Apparat zu bringen, alle seine Schweißperlen mit einem Linsenputzmittel abwusch, hatte, daß sie unter anderen Umständen ein Duzend Belohnungsgegenstände sicher

gewesen wären, gaben wir den Versuch auf und ließen den 2. Akt ausfallen. Beim 3. Akt ging's wieder gut, aber der 4. Akt war auch wieder zu groß. Also mußte der auch ausfallen. Und weil unser Freund Keim nun schon wütend war, hat er den 5. Akt einfach unterschlagen. Dagegen ging der 6. Akt tadellos durch den Apparat und brachte einen wunderbaren Abschluß unserer Veranstaltung.

Allzu sehr aufgefallen ist einem Teil unserer Freunde die Geschichte nicht, trotzdem unser Vorführapparat auf dem Tisch mitten unter Biergläsern stand. Es war nämlich drei Tage vorher in Bayern eine Bierpreiserhöhung um 3 Pfennig pro Glas eingetreten, worüber manche so verärgert waren, daß sie ihre Wut an dem verneuten Saugzeug gründlich ausließen. Zum Schluß löste sich alles in Freundschaft und Wohlgefallen auf.

Zur Nachahmung wird diese Filmvorführung nicht empfohlen.

## Die Heiratslustigen.

Anekdote von Max Eck-Troll.

Der Ochsenwirt in Michelhausen hatte nicht nur ein schönes und gepflegtes Anwesen, hatte nicht nur einen schönen Bogen Geld auf der Kreisparkasse, er hatte außerdem vier Töchter. Eine schöner als die andere.



Der Wirt „Zum Ochsen“ und seine vier Töchter.

Die Älteste war 28 Jahre alt. Die anderen folgten mit je drei Jahren Abstand, so daß die Jüngste gerade 19 Jahre alt war.

Alle vier Mädchen hatten ihren Schatz. Und jeder der „Schätze“ und jedes der Mädchen, das von 19 wie das von 22 und das von 25 und das Älteste mit 28 Jahren lieber nach baldiger Heirat, denn alle vier Schönen waren verlobt.

So eine Hochzeit kostet aber Geld, und der Herr Ochsenwirt konnte sich doch nicht gut in der Mittigst lumpen lassen. In der Hochzeit mußte eine feine Wohnungseinrichtung gekauft werden, und der Schwarm mußte doch auch einige Tausender mitbekommen, da es so der Brauch wollte.

Für alle vier Töchter, für vier Hochzeiten auf einmal langte es denn doch nicht.

Da eines Abends nach der Polizeistunde die Mädchen den Ochsenwirt bedrängten, wenigstens zu lösen, wer von seinen vier Töchtern zuerst ehelichen durfte, setzte sich dem vierfachen Vater der Schalk ins Gesicht und flüsterte ihm ins rechte Ohr einen feinen Rat, der ihm aus der Verlegenheit helfen sollte.

Ein summiertes Rächeln überzog sein wohlgerundetes Gesicht, das der guten Küche des Gasthofes wie ein Reklameschild voranleuchtete.

Und der Vater sprach: „Hier in die große Schüssel zum Bierglaschen laßt ihr alle vier eure Hände bis zum Puls. Wenn ich sage: „Heran!“, nehmt ihr eure Hände heraus. Wer am heißblütigsten ist, dem werden die Hände am schnellsten trocken sein. Und diejenige von euch darf als erste heiraten!“

Alle vier Wirtstöchter gruppierten sich nach den vier Windrichtungen, nach Ost, West, Nord und Süd, um die Schenkelschüssel und steckten ihre Hände in das Wasser. Bis zum Puls, genau so weit, wie es der Vater gefagt hatte.

Dann rief er, indem er die Postur des Schiedsrichters einnahm:

„Eins, zwei, drei... herrrrrrrrrr!“

Und die vier Paar Patschelhändchen flogen aus dem Wasser.

Ich gebe euch nun ein Preisrästel auf, weil das so modern ist:

„Wer glantz ihr, daß gemann?“

Da, lieber Herr... zur Linken, meinst die Jüngste!

Und wie wußt du das begründen?

Da wirt antworten: Die Jüngste! Denn sie ist doch am heißblütigsten. Ihr heißes Blut wird die nassen Hände am ehesten trocken lassen.

Weil gefehlt!

Kein Nachbar zur Rechten rät auf die Älteste, denn sie hat am längsten warten müssen. Sie sehn sich am meisten nach der Ehe. Ihre Sehnsucht wird die Hände am ehesten trocken.

Auch gefehlt!

Nun, wer meinst ihr?

Am ehesten trocken waren die Hände bei der 22jährigen.

Denn sie war von allen vier Mädchen die Schlankeste.



Das Ehe-Examen.

Während nämlich ihre drei Schwestern ihre Hände ruhig hängen ließen, klangte sie unter wie eine Wildgewandene, schwang ihre Hände wie Windmühlensflügel bei Nordweststurm und rief in einem fort mit heulender Stimme:

„Ich will keinen Mann! Ich will nicht heiraten!“

Und ihre Hände kreisten... kreisten.

Und ihre Stimme tönte: „Ich will noch nicht heiraten! Ich will noch nicht heiraten!“

Sie mußte sehr wohl, daß durch diese schnelle Bewegung der Hände diese am ehesten trockneten.

Und der Schiedsrichter, der Vater, konnte bereits feststellen, daß ihre Hände brottrocken sind, als die Hände ihrer drei Mitspreiterinnen noch pudelnah waren.

Und 14 Tage darauf wurde die Hochzeit der Zweitjüngsten in aller Freude gefeiert.

Nur die drei noch ledigen Schwestern saßen an der Hochzeitsafel neben ihren Bräutigamen mit traurig gesenkten Köpfen. Und die drei Bräutigame meinten zu ihren drei Liebsten: „Wäre ihr so schlau wie eure Schwester, die junge Frau, so würden wir heute Hochzeit feiern!“

Der Schwiegervater aber meinte beruhigend: „Was nicht ist, kann ja noch werden!“

## Humoristische Ecke.

Der verlorene (Schwaben-) Sohn.

In Stuttgart ist a klois Bäble verlor a ganga, steht auf der Schrotta g'schanda und ha halt g'heult und g'heult.

Sofort send an Hausa Leut um dös Bäble romg'schanda und hent 's Rend aus'fragt, aber leider hent se halt gar nix aus dem kloina Stöpsel rauskriega können!

„Hu, hu, hu, hu!“ hat der kloine plarrt, „I will hoim zu meiner Mueder!“

„Ja, Bäble“, hent no die Leut g'sagt, „wa hoist denn del Mueder?“

Aber der kloine Kerle hot von nix was wissa wolla und hot halt ums Verrecka koi Antwort geba.

„Du, Bäble, wie hoist denn del Vadder?“ hent se weiter g'fragt.

„Hu, hu, hu, hu!“ I will hoim zu meiner Mueder!“ Das war alles.

Die mitleidige Leut send ganz raffos um dös Kind 'rumg'schanda und a paar gutherzige alte Fraue hent auf einmal au no mit dem Bäble mit'geheult, vor lauter Rührung.

Also dös ist euch a Heulerei g'wesa — mer häßt halb d' Feuerweh'r hola müssa oder die „schöne“ Technische Nothilfe!

Auf einmal ist em oim eig'falla, wie mer das am bescha 'raus-kriega kemmt, denn es war „a ganz Sella“, der hat's ersacht g'habt.

„Du, Bäble“, hat er g'sagt, „wie hoist denn du?“

Der kloine hat den Mann erscht ganz verdußt g'uckt.

„I — i — i woiß net!“ hat er no weiterg'heult.

„Ja, sag amol, wie rußt denn di del Mueder, wenn du zum Eßa komma sollst, ha?“

Jetzt hot sich dös G'sicht von dem kloine Stempesla auf einmal aufg'heult.

„Mich rußt se überhaupt net!“ hat er no stolz g'moint, „wenn's zom Eßa geht, brauch mer mich net z'ruefa, da hoch i immer zerschla schau am Tisch!“

## Kindermund.

„Warum heußt du denn so, Kleine?“

„Ach — der dumme Karli da will mich betrauten — und ich hab' ihm doch gar nichts getan!“

## Vorsicht.

Früh: Du, Loffe, wa meißt hieße ganz artich sinn, daßr Dokter hatn. Vadder mehr Bewähung vorword.

## Im Abteil.

Herr: Gnädiges Fräulein, die Sonne scheint hier so grell herein — dürfte ich vielleicht die Gardine zuziehen oder — um Sie zu beschaffen — näher an Sie heranrückn?

Dame (süß lächelnd): Beides angenehm!

## Vereinsacht.

Vater zum Sohn: ... an wenn du in Feldvordrähnhahn rinn-rahn daßst, so bruchst de blos de Schriem, Hartmann.

Sohn zum Vater: Wis de daßn Brief nich gliks mitnähm, Vadder?

## Literarisches.

Rund um den Jungplan — Reparationsproblem und Proletariat. Von Bernhard Dörmel. Umfang 48 Seiten Großformat. Preis kart. 85 Pf. Jungsozialistische Schriftenreihe. E. Laubsche Verlagbuchhandlung, O. m. b. H., Berlin W. 30. Bernhard Dörmel versucht nachzuweisen, daß die Reparationslasten bisher in Deutschland ausschließlich von der arbeitenden Bevölkerung getragen worden sind, während die kapitalistischen Schichten der Bevölkerung aus der Reparationsfrage eine ungenutzte Verfrachtung ihrer gesellschaftlichen Nachposition bezogen.

Reimar — und was dann? (Entstehung und Gegenwart der Weimarer Verfassung). Von Dr. Otto Röschmeier. Jungsozialistische Schriftenreihe. Umfang 48 Seiten Großformat. Preis kart. 85 Pf. E. Laubsche Verlagbuchhandlung, O. m. b. H., Berlin W. 30. Röschmeier will unterfragen, wie weit sich die demokratische Verfassung der Weimarer Verfassung seit ihrer Schaffung erfüllt, und er will nachweisen, wie nützlich es ist, aus sozialistischen Bedingtheiten, wozu auch die Staatsformen gehören, weltanschauliche Angelenheiten zu machen. Anschließend für die Anwendung der geschriebenen Artikel über nicht Geist und Arbeit ihrer Verfassung, sondern das Machtverhältnis zwischen den Klassen, das sich immer wieder unbeschadet der verfassungsmäßigen Bestimmungen den ihm entsprechenden politischen Ausdrück schuf.

Arbeiter in USA. von J. Dubrenil. Mit einem Vorwort von Dr. Ernst Meißner (Präsident der Arbeit in Frankfurt a. M.). Einzig berechtigte Übertragung aus dem Französischen von Dr. Hans Sanders. 372 Seiten. Kartiert 5,50 Mk. Verlag Bibliographisches Institut W., Leipzig. Ein französischer Arbeiter und Gewerkschaftsführer ist mit offenen Augen durch die Fabriksbetriebe der Renen Welt gegangen. — nicht als müßiger Zuschauer, sondern als Werkmann, der sich sein Brot selber verdienen mußte. So entwarf er ein Bericht über das wahre Gesicht Amerikas, wie ihn weder europäische Glotter noch die Amerikaner selbst geben können: Die Atmosphäre der Wirtschaften, die Organisation der Fabriken von unten, bekommen Einblick in die sozialen Verhältnisse, das hässliche Leben, die Arbeiterverbände. Köstlich ist seine Schilderung von der Stellungnahme und vom Leben im „boarding-house“, der „unbilligsten Schlafkammer mit Verpflegung“. Vor allem aber lese man den Bericht vom Kampf der menschlichen Hand bei Ford, von der erkannten Überwindung des Mechanismus in der mechanisierten Fabrik. Das Buch ist wie ein spannender Roman geschrieben und bedeutet doch unendlich viel mehr.

„Die Arbeit“. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Erhard Reipert. Schriftleitung: Erhard Reipert. 6. Heft 6 1920. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, O. m. b. H., Berlin S. 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,00 Mk., für Organisationsmitglieder 2,50 Mk. Das Jahrbuch enthält Aufsätze über das Problem der sozialen Frage für die Arbeiterlosen in Großbritannien, über die Verhältnisse im sozialistischen System, über „Cominternland“, das Problem der Diktatur und die Lage der russischen Wirtschaft, über Die neuen gewerkschaftlichen Aufgaben, die sich für die Gewerkschaften auf dem Gebiete der Produktion und Betriebspolitik ergeben. Richard Seidel behandelt das historische Thema „Streik als Wegbereiter der Gewerkschaften“. Der letzte Aufsatz ist der erste Teil einer Untersuchung Ferdinand Lössner, der über den Reichtum und seine Verteilung aufschlüssendes Material beibringt. In der Rundschau der „Arbeit“ berichtet Franz Spielmann ausführlich über die Organisation, den Arbeitsmarkt, die Finanzen der Reichsanstalt, den Kampf um den Arbeitslosenlohn, die Reform der Krankenversicherung und die Kämpfe gegen das Lohnkürzen.

Vom Gesamtverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Personal- und Warenverkehrs ist die „Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts zum Verbandsrecht“ bis Ende April 1920 in Broschürenform herausgegeben worden. Die Broschüre enthält die Entscheidungen des Reichs mit Anmerkungen des Kollegen Clemens Koppel nach dem Paragraphen des B. G. gerichtet und dient den Betriebsvertretungsmitgliedern, Arbeitsschlichtern, Projektverteilern usw. als nützliche Unterlage bei ihrer Tätigkeit, da eine schnelle Orientierung auf dem Gebiet der höchstinstanzlichen Rechtsprechung möglich ist. In bezug auf diese Broschüre von der Verlagsanstalt „Corier“, Berlin SO 16, Reichsstraße 4, Preis pro Exemplar für Gewerkschaftsmitglieder 2 Mk., für den Verbandsrat 2 Mk.

„Gehobelt“. Zeitschrift für gesundheitsliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband beruflicher Krankenkassen e. V., Berlin Charlottenburg 1, Berliner Straße 137. Sommerzeit — Wandzeit — „Reizzeit“ lautet die Überschrift für die Juninummer der vom Hauptverband beruflicher Krankenkassen herausgegebenen und an den Kassenzustellern kostenlos verteilten Zeitschrift für gesundheitsliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Diese Zeitungsnummer